

ner, 55 J.
J. 8 Wt.:
mann Gerdi-
alibi Jakob
toigt, 23 J.

Die Regierung sagt in der Begründung, die Anordnungen der höheren Beamten, die jetzt absolut keine Verantwortung oben, könnten „auch für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter von Bedeutung werden“. Sie sind schon oft von verhängnisvoller Bedeutung geworden und es ist durchaus wichtig, daß diese höheren Beamten die Verantwortung für ihre Anordnungen tragen. Die Verantwortung allein bürgt aber auch nicht für völlige Durchführung aller gesetzlichen Schutzbestimmungen, es müßte auch bestimmt werden, daß der nachgeordnete Beamte zur Befolgung solcher Anordnungen, die den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen, nicht verpflichtet ist. Die Vergabebörde kann die sofortige Entfernung nicht befähigter Personen verlangen, bei dem Verhältnis, das aber jetzt zwischen Vergabebörde und Werksdirektoren besteht,

Herrn Wienerh der Prager Universitätsprofessor Prof. be-
rufen, der so ziemlich von allen tischen Parteien — mit Aus-
nahme der Sozialisten — begehrt wurde.
So ist nun dieses Ministerium beschaffen: Herr v. Wienerh
hat kein Ministerium der Autorität, er hat kein parlamen-
tarisches und er hat kein Beamtenministerium. Er hat die
Minister genannt, wo er sie gefunden hat: die einen aus dem
Parlament, die anderen aus den Kreisen, die dritten auf Grund
von Empfehlungen. Leider wird es etwas schwerer sein, für
dieses Ministerium die Majorität im Parlament zu finden.
Vorläufig hat Herr v. Wienerh es zuwege gebracht, daß er die
große Mehrheit des Parlamentes gegen sich hat. Nicht einmal
bei den Christlich-Sozialen und Polen herrscht große Be-
geisterung für dieses Ministerium, und so ist es nicht unmöglich,
daß das Ministerium so rasch es auch gebildet war, noch rascher
abgewirtschaftet haben wird.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Anhang der Reichstags-Verhandlungen. Berlin, 14. Februar. Wie in
guter Tradition parlamentarischer Kreise verlautet, nehmen
die Verhandlungen des für die Reichsreform eingelegten
Unter Ausschusses einen guten Fortgang und lassen in absehbarer
Zeit eine Verständigung unter einem ausreichenden Teil der
Bundparteien und zwischen diesem und dem Bundesrat er-
warten.

Was mögen das für gutunterrichtete parlamentarische Kreise
sein?
Eine Kohlensteuer? Die „Rein-Westf. Zeitung“ will aus
unzuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die konservative Partei
an Stelle der Nachschärfung eine Reichskohlensteuer von 50 Ma-
ken pro Tonne geförderter Kohle vorgelegt habe und daß die Re-
gierung diesem Vorschlag nicht abgeneigt sei. Es ist nicht un-
wahrscheinlich, daß bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichs-
tages hierfür eine Mehrheit vorhanden ist. Das Blatt setzt den
Ertrag der Steuer auf über 100 Millionen und meint, daß in-
solange die Kohlenpreise herabzusetzen oder die Kohlen-
preise entsprechend zu erhöhen.

Wir halten es vorläufig noch für ausgeschlossen, daß ein der-
artiges unfähiges Steuerprojekt im Reichstag durchgesetzt werden
kann, nicht weil es so unfähig ist, sondern weil durch eine etwaige
Erhöhung der Kohlenpreise Interessen verletzt würden, auf welche
die Mehrheit des Reichstages unbedingt Rücksicht nimmt.

Die Liebe zur Prügel äußert sich wieder einmal in der
„Deutschen Tageszeitung“. Anknüpfend an die Schredensstaten
eines vermutlich Geisteskranken, der in Berlin mehreren Frauen
Stiche in den Unterleib beibrachte, schreibt die „Deutsche Tages-
zeitung“:

Wenn der Täter ein Verbrecher war, so wird seine Strafe
verhältnismäßig leicht sein. Obwohl eine Frau das Opfer seiner
Blutthat wurde, wird er doch keinesfalls wegen Mordes, viel-
leicht nicht einmal wegen Totschlags, sondern nur wegen Körper-
verletzung mit tödlichem Ausgang bestraft werden können. Er
würde also ein paar Jahre im Gefängnis oder im Zuchthaus
sitzen und nachher wieder auf die Menschheit losgelassen werden.
Eine solche Strafe ist weder eine genügende Abschreckung, noch
eine ausreichende Abwehr. Erfahrungsgemäß haben derartige
Blutthaten eine unheimliche, anstößende Wirkung. Dieser Wir-
kung kann nur durch kräftigste Abschreckung entgegengearbeitet
werden. Bei Verbrechern, die eine so tiefschmerzliche, so menschen-
unwürdige Sinnestrafte befehlen, ist die in regelmäßigen
Zwischenräumen wiederholte körperliche Schmerzzerlegung die
einzige entsprechende Sühne, das einzig wirksame Abschreckungs-
mittel.

Wenn der Messerstecher im medizinischen Sinne geisteskrank
ist, so will es die „Deutsche Tageszeitung“ bei lebenslänglicher
Einperrung bewenden lassen. Dabei müßte der Mann aller-
dings unter strenger Aufsicht zu nützlichen Arbeiten, vielleicht
bei der Moorkultur, verwendet werden.

Moloch frisst weiter. Neue Truppenübungsplätze sollen dem-
nächst wieder auf Kosten der Steuerzahler erworben werden.
Von den jetzt vorhandenen 22 Truppenübungsplätzen treffen
19 auf Preußen. Hierzu sollen nun außer den in Militärkreisen
geforderten drei neuen Übungsplätzen noch zwei weitere kom-
men, so daß Deutschland dann über 27 Truppenübungsplätze
verfügen würde.

Die Teilung des preussischen Kultusministeriums. Offiziös
wird gemeldet, daß die Abtrennung der Medizinalabteilung im
Kultusministerium gegenwärtig erwogen wird. Das Mini-
sterium des Innern werde zu der Sache gehört. Mit der Rück-
kehr des Herrn Holle habe in diesem die Sache nichts zu tun.

Aus dem Reichstag.

Die Budgetkommission des Reichstages trat
am Freitag in die Beratung des Etats für die südwestafrika-
nischen Schutzgebiete ein. Während für 1908 eine Steuerer-
höhung von 127 000 Mark vorgelegt war, sind für 1909 632 000
Mark, also 505 000 Mark mehr in Einnahme gestellt. An neuen
Steuern sind vorgelegt neben den bisher erhobenen: Bier-
steuer 40 000 Mark, Branntweinsteuer 120 000 Mark, Grund-
steuer 300 000 Mark, Umsatzsteuer 15 000 Mark. Abgeordneter
Ergenberg bemängelte die niedrige Grundsteuer, die nur einen
Pfennig pro Hektar Land einbringe, es müsse je nach der Güte
des Bodens gesteuert werden. Gouverneur v. Schudmann gibt
Auskunft über die vielfachen Versuche, mehr Steuern — auch
solche auf Vermögen — einzubringen. Alle derartigen Ver-
suche seien an den großen Schwierigkeiten gescheitert, die teil-
weise schon durch die Größe des Gebietes bedingt seien. — Es
handelt sich um längere Auseinandersetzungen über die Bedeutung
der Wertzuwachssteuer über die Gefahren und die Steuer-
ertragsfähigkeit des Alkohols, über das Selbstverwaltungsrecht in
den Kolonien und manches andere. — Staatssekretär Dorn-
burg kommt auf seinen Vortrag zurück, den er vor einigen
Wochen im Reichstag gehalten hat, und bedauert von neuem den
großen Mangel an Kolonialpolitik, der auf den Mangel jeder
Unterstützung und Erbauungsmöglichkeit zurückzuführen sei.
Besonders kommen in Südwestafrika auf den Kopf der Be-
völkerung — Frauen und Kinder mit eingerechnet — 1000 Mark
jährlich für Ausgaben für Alkohol. Trotz alledem müsse man
den Leuten in den Kolonien mit Vertrauen entgegenkommen
und ihnen ein gewisses Selbstverwaltungsrecht einräumen.
Große Begeisterung ruft eine beiläufige, scherzhaft-keckernde
Rede des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Arning hervor, daß
der Alkoholgenuss schließlich bis zu einem gewissen Grade als ein
Zeichen von Kultur anzusehen sei.

Einer Anknüpfung unserer Partei durch den Abgeordneten
Latzmann, der auf den großen Wert von Südwestafrika pocht,
tritt Abgeordneter Klose entgegen.

Die Kommission freit endlich die vorgelegene Wege- und
Baukosten in Höhe von 26 000 Mark und erhöht die Ein-
nahmen für Bier und Branntwein um denselben Betrag.
30 000 Mark, die durch die Hundesteuer aufgebracht werden,
sollen nach Bedarf den Verwaltungen der einzelnen Bezirke
überwiesen werden dürfen.

Die Budgetkommission setzte sodann eine Subkommission ein,
die die Steuer- und Zollfrage zunächst vorbereiten soll.
Staatssekretär Dornburg demnach sich entschieden gegen
den Vorwurf, daß seine Mitteilungen über die koloniale Ent-
wicklung gemacht seien, um die Kurie in die Höhe zu treiben.
Es wird schließlich beschlossen, den Antrag der Sozialdemokraten
um eine Million Mark zu erhöhen. Bei den Einnahmen aus
Bergwerksabgaben wird die Frage des Kupfer- und Zink-
ertrags, aber nicht weiter verhandelt.

Die „Post“ und sozialdemokratische Wahlen.

In einer Besprechung des Anschlags auf die sozialdemo-
kratischen Mandate im preussischen Abgeordnetenhaus wendet sich

die „Post“ gegen das freimännliche Verlangen, die geheime Wahl
als Schutzmittel gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“
einzuführen. Sie schreibt:

„In der geheimen Stimmabgabe ist auch kein Allheilmittel
gegen sozialdemokratischen Wahlbruch zu erkennen, dagegen wird
nichts anderes sich als einermöglichen sicher wirksam erweisen, als
die rücksichtslose Kassation aller sozialdemokratischen Wahlen,
bei denen in ähnlicher Weise wie in Berlin, durch Bedrohung
der wirtschaftlichen Existenz zahlreicher Wähler die Wahlfreiheit
schwer beeinträchtigt worden ist.“

Das ist eine ungeheuerliche Frechheit! Wo wird am meisten
Terrorismus geübt? Dort, wo die guten Freunde der „Post“
sich. So in den Industriebezirken des Westens, wo die Gruben-
gewaltigen mit der Hungerpeitsche hinter ihren Vergifteten her-
ren, wenn diese nicht das Vieh des Jüngers, dessen Brot sie an-
geblüht essen, oder richtiger gesagt, dem sie durch ihren Sünde
schwere Arbeit eines Goldstrom in die Taschen fließen lassen. Man
denke nur an die Vorgänge im Saarrevier, oder an die Herr-
schaft, die gerade König Stumm, den ja besonders enge Be-
ziehungen gerade mit der „Post“ verbanden, in seinem Reich
ausgeübt hat. Und ist es etwa anders in den Gebieten des
Ostens, wo die Landarbeiter abstimmen müssen, wie es der
gnädige Herr beschließt? Wenn die Mandate aller Abgeordneten
für ungültig erklärt würden, bei denen wirtschaftlicher Terroris-
mus eine mehr oder minder große Rolle gespielt hat, so müßten
sämtliche konservative und nationalliberale Abgeordnete aus
Reichs- oder Landtag verschwinden. Das weiß die „Post“ natür-
lich ganz gut. Aber trotzdem hat sie die Stirn — dies Kind, kein
Engel ist es — sich so zu stellen, als ob es nur die bösen
Sozialdemokraten fertig brächten Terrorismus zu üben! Es
geht doch nichts über die Unverschämtheit unserer Schamacher
und ihrer journalistischen Tintendrüsen! Das ist schon eine ganz
besondere Menschenjorte.

Rußland.

R. K. Wie ist Lopuchins Brief in die „Times“ gekommen?
Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Die „Romaja Rus“ weiß zur Frage, wie der Brief Lopuchins
an Stolypin, der in der ganzen Angelegenheit Lopuchin-Mythos
eine so große Rolle gespielt hat, in die „Times“ geraten ist, fol-
gendes zu berichten: Als Lopuchin seinen Dienst im Polizei-
departement aufgab, brach er den Verkehr mit fast allen Kollegen
ab und machte nur für sehr wenige eine Ausnahme. Unter
diesen befand sich ein gewisser J. M., der einstmalig bei der
Organisation der Auslandsgesellschaft die rechte Hand von Stolypin
gewesen war und nachher wenig beachtet wurde. Als dann
Molotow, für den er manche Dienstleistungen bestragte, ging, blieb
er ganz „arbeitslos“. Er sucht jedoch seine Beziehungen zum
Polizeidepartement auf jegliche Art zu erneuern. Der Zufall
fügte es, daß er, der zum Kommando Lopuchins freier Zutritt hatte,
den Brief Lopuchins in die Hand bekam. Er beschloß nun die
Affäre Lopuchin aufzuklären, bei der er leicht wieder empor-
zukommen vermöchte, und sandte eine Kopie des Briefes an
das Londoner Blatt. Da kam auch der von ihm erwünschte
Erfolg.

R. K. Rühme als Mitwisser der Ermordung von Bogdan-
owitsch. Aus den Memoiren des verstorbenen Gendarmen-
generals Nowitski kommt jetzt eine für die Agitation in
Russland sehr wichtige Schauer Geschichte zu allgemeiner Kenntnis.
Nachdem Nowitski einen Monat hindurch von allen Vorbereitungen
zur Ermordung des Gouverneurs von Ufa gewußt und Rühme
dabei rechtzeitig auf telegraphischem Wege benachrichtigt. Durch
Schneidersche, bei denen der Verurteilte wohnte, wurde er auf
genauere Weise von jedem Schritt der Terroristen und sogar über das
Datum informiert, an dem die Attentäter nach Ufa abreisen
müßten, auch waren ihm die Attentäter genau bekannt. Noch
im letzten Moment benachrichtigte er Rühme abermals, und
wieder bekam er die telegraphische Antwort, er solle nicht eilen,
sondern nur „gründlich untersuchen“ und seine Ermittlungen
geheim halten. So ließ er die Attentäter unbewußt nach Ufa
abreisen, Bogdanowitsch in einem versteckten Winkel des Stadt-
parks ermorden und nach vollbrachter Tat davonlaufen. General
Nowitski meint, daß Rühme bei der ganzen Affäre durch „per-
sönliche“ Eingebungen geleitet worden sei. Was mögen es wohl
für „persönliche“ Motive gewesen sein?

R. K. Eine ehemals verbotene Deklaration zur russischen
Judenfrage? Der Dichter Korolento veröffentlicht in der
„Russkaja Wobodomst“ eine interessante Reminiszenz aus dem
Jahre 1880 über eine Deklaration, welche die damalige russische
Schriftsteller- und Gelehrtenwelt zugunsten der Gleichstellung
der Juden an die gesamte russische Gesellschaft hatte ergehen
lassen wollen. Es war in jenen Tagen, da die russische Re-
gierung auf Drängen des Großfürsten Sergius an die Bürger-
schaft Moskaus von Juden herab und durch ein Ausstrei-
bungsgebot zehntausende ins schrecklichste Elend hinauszogte.
Im Momente, da die Deklaration Korolento zur Unterschrift
unterbreitet wurde, trug sie bereits die Namen einer langen
Reihe von Professoren, des Grafen Leo Tolstoi, des späteren
Präsidenten der ersten Reichsduma Marozew, des jetzigen
Ministerpräsidenten Witte, u. a. m. Die Kundgebung sollte auf
die in ihren Forderungen erbarmungslos porgebende Re-
gierung einen gewissen Druck ausüben. Da erfuhr die Re-
gierung und Judenbeher von dem zunächst geheimgehaltenen
Projekte und schlugen unter Agide Nowitski mit allen ihnen
zu Gebote stehenden Mitteln Lärm. Die Deklaration wurde
darauf ohne weiteres verboten und mußte ins Ausland

Türkei.

Die Herrschaft des jungtürkischen Komitees nun gestiegt.
Sultan Abdul Hamid trägt offenbar das ihm auferlegte jung-
türkische Joch, welches ihm in seinen jählichen Reaktionen zu
justiziarischem Aufstande eine durchaus heilsame Skandale ange-
legt hat, höchst widerwillig. Er versucht es also in den jüngsten
Tagen mit einer kleinen Revolution, wobei er den Großweir
Kiamil auf seine Seite gebracht hatte. Dieser veranlaßte, daß
die dem jungtürkischen Komitee ergebenden Minister der Marine
und des Kriegs unter dem Vorwande der Beförderung von ihren
Posten entfernt wurden, gleichzeitig auch wurde dann die jung-
türkische gesteuerte Palastwache entfernt. Ferner wurden Gerichte
von einem Attentat auf den Sultan vorbereitet.

Die Jungtürken verstehen aber keinen Spaß. Sie haben so-
fort energig eingegriffen, wie folgende Nachrichten zeigen:
Konstantinopel, 13. Febr. Die Kommandanten der
Panzerregimente haben in ihrem dem Großweir und der Kam-
mer eingereichten Proteste auf die Gärung unter den Marine-
truppen hingewiesen und erklärt, die Marine sei ohne Kom-
mando. Sie erkennen nur das Kommando der Kammer an.
Konstantinopel, 13. Febr. Die Kommandanten der
drei vor dem Palast von Dolmabahçe liegenden Panzerregimen-
te „Messidje“, „Konak“ und „Lewski“ richteten an den
Großweir ein Ultimatum, in dem sie Wiedereinsetzung der ab-
geleiteten Minister verlangten und mit Bombardement drohen bei
dem geringsten Verzuge der Porte, reaktionäre Maßregeln zu
ergreifen.

Konstantinopel, 14. Febr. Kiamil Pascha hat Befehl
erlaubt, die drei aus Saloniki eingetroffenen Bataillone nach
Mazedonien zurückzuführen.

Konstantinopel, 14. Febr. Da der Großweir sich
weigerte, den Ministerwechsel in der türkischen Deputiertenkam-
mer zu rechtfertigen, erklärte ihm diese mit 198 gegen 8 Stim-
men ein Misstrauensvotum. Kiamil bot darauf seine Entlassung
an, die der Sultan sich bereit erklärte anzunehmen.

Konstantinopel, 14. Febr. Der Kommandant des
3. Salonikier Armeekorps sandte an das Parlament ein Tele-
gramm, in welchem er erklärt, daß die Armee bereit sei, im Falle
der Auflösung der Kammer nach Konstantinopel zu kommen.

Konstantinopel, 14. Febr. Der Sultan hat den Rück-
tritt Kiamil Paschas nunmehr definitiv bestätigt und Hilmi
Pascha mit der Führung eines neuen Kabinetts beauftragt.
Damit haben die Jungtürken einen vollen Erfolg erzielt.
Kiamil hat offenbar seine Kraft überschätzt. Sein Befehl, die
drei aus Saloniki in Konstantinopel eingetroffenen Bataillone

nach Mazedonien zurückzuführen, war ein letzter Versuch, des
Kampf mit den Jungtürken aufzunehmen.

Kommunales.

Bodenpolitik? in Usm. Seit Jahren treibt Usm eine städtische
Bodenpolitik, die in der Hauptsache darin besteht, daß die Stadt
zur Vermeidung wilder Bodenpekulation sich möglichst früh-
zeitig in den Besitz aller freiverwendbaren Geländes setzt und davon
zu angemessenem Preise an Private zu Bauzwecken veräußert.
Was auf diese Weise der Stadt an Einnahmen zugeführt wurde, er-
fährt man aus dem letzten veröffentlichten städtischen Ver-
waltungsbericht für 1908. Danach hat die Stadt Usm seit 1891,
wo diese Bodenpolitik begann, 514 Hektar für 6 323 000 Mk. er-
worben und 169 Hektar für 8 118 000 Mk. veräußert. Hierin
einem Geldeinnahme von 1 795 000 Mk. verbleiben der Stadt auch
345 Hektar als reines Besitztum.

Kommunaler Ausschuss für soziale Angelegenheiten. Leip-
zig, 11. Februar. In der Mittwoch-Abend Sitzung des Stadt-
verordnetenkollegiums in Leipzig wählte das Kollegium sechs
Mitglieder in den sozialen Ausschuss, den er — laut Antrag des
Leipziger Gewerkschaftsrates — einzusetzen beschloß hatte.
Der Ausschuss besteht aus 12 Mitgliedern: 6 Stadträten und
6 Stadtverordneten. Er hat sich mit der Frage der kommunalen
Arbeitslosenversicherung, des kommunalen Arbeitsnachweises und
des Arbeitslosenstatistiks zu beschäftigen, und dann den Kollegen
eventuell Vorschläge zu machen.

Bei der Wahl der 6 Stadtverordneten zeigte sich die liberale
Arbeiterfreundlichkeit im besten Lichte. Der nationalliberale
Arbeitersekretär Bunge, der von den bürgerlichen Parteien bei
der letzten Stadtverordnetenwahl in der dritten Wahlklasse
gegen unsere Partei aufgestellt und auch gewählt wurde, schlug
sich selbst für diese Kommission vor, da ihm seine „erklärliche“
Genossen nicht auf die Vorlogliste gesetzt hatten.

Da noch mehr Vorschläge vorhanden waren, als Kandidaten
gebraucht wurden, mußte per Stimmzettel gewählt werden. Bei
der nun folgenden Wahl erhielt der nationalliberale Arbeiter-
sekretär ganze drei Stimmen. Die bürgerlichen Parteien hatten
ihn also glatt zurückfallen lassen — auch ein Beispiel für die
Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien!

Die königliche Polizei- und die Selbstverwaltung. Aus An-
laß eines Kreises der Stadtverordneten von Bochum gegen
die das Selbstverwaltungsrecht verletzende Absicht der Regierung,
die geplanten Polizeipräsidien von Bochum, Gelsenkirchen und
Gerne den betreffenden Landräten zu übertragen, hat der Re-
gierungspräsident von Arnsberg mit den Bürgermeistern und
Landräten — wie jetzt bekannt wird — einzeln verhandelt. Er
hat ihnen bedeutet, daß die Städte, welche sich gegen den Plan der
Regierung weiter ablehnend verhielten, nicht einmal eine Polizei-
direktion bekommen dürften. Es würde dann ein einziges
Polizeipräsidium für den ganzen Bezirk geschaffen werden, als
dessen Sitz das in der Mitte des Bezirkes liegende Dorf Wanne
in Frage käme. Das wäre natürlich eine noch viel schlimmere
Brüsseler der genannten Städte.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Viefelsfeld, 15. Februar.

Der Deutsche Metallarbeiterverband im Krisenjahre 1908.
In der am Sonntag vormittag in der Zentralhalle stattgefun-
denen Generalversammlung der Verwaltung Viefelsfeld des Deut-
schen Metallarbeiterverbandes wurde der Bericht über die Tätig-
keit der Verwaltung im Jahre 1908 erstattet.

Am großen und ganzen hat der Metallarbeiterverband das
verlorenste Jahr ziemlich gut überstanden. Zwar ist die Mit-
gliederzahl von 7410 auf 6632 zurückgegangen, doch ist die Ab-
nahme von 778 Mitgliedern gegenüber einer Zahl von über
2000 weniger im der Viefelsfelder Metallindustrie beschäftigten
Regionen nicht von großer Bedeutung. Sind doch allein 482
Mitglieder mehr als zugezogen, so daß, wenn diese von den
778 Mitgliedern in Abzug gebracht werden, nur eine tatsächliche
Einkünfte von 295 Mitgliedern verbleibt.

Die Reineinnahmen (ohne Kassenbestand und Zinsen) be-
trugen für die Hauptkasse 195 115,26 Mk. gegenüber 205 377,75
Mk. im Jahre 1907, die der Lokalkasse 75 887,95 Mk. gegenüber
76 569,19 Mk. im Jahre 1907. Der Kassenbestand der Lokal-
kasse stieg von 64 608,50 Mk. auf 80 541,37 Mk. am Schlusse des
Jahres.

Von großer Bedeutung und Wertung der Organisation in der
Krise sind die Ausgaben, soweit sie für Unterstützungszwecke in
Betracht kommen.

	1908	1907
Reisekosten	4 749,95 Mk.	3 887,50 Mk.
Arbeitslosenunterstützung	1 095,00 "	535,00 "
Arbeitslosenunterstützung	110 428,88 "	14 483,80 "
Krankheitsunterstützung	52 439,15 "	39 741,71 "
Streikunterstützung	13 786,92 "	42 259,42 "
Gewerkschaftenunterstützung	13 894,55 "	1 415,66 "
Notlagenunterstützung	3 225,00 "	3 809,78 "
Sterbekasse	10 605,00 "	6 845,00 "
Rechtschutz	1 005,88 "	1 244,88 "
Summa	211 230,33 Mk.	114 252,75 Mk.

Diese Summen, welche aus Mitteln der Haupt- und Lokal-
kasse gezahlt sind, zeigen, mit welcher Schärfe die Krise in der
Viefelsfelder Metallindustrie im Jahre 1908 einwirkte, beweisen
aber auch, was eine Organisation für ihre Mitglieder leisten
kann. Eine nennenswerte Ausnahme der Unterstützungen ist
nur bei der Streikunterstützung zu verzeichnen, während die
Arbeitslosenunterstützung nahezu achtmal, die Gewerkschaften-
unterstützung nahezu zehnmal so hoch ist als im Jahre 1907.

Welche Schäden die Arbeiter in materieller Hinsicht erlitten,
wieder wir in einem späteren Artikel belegen.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab mit einigen Ausnahmen
die Wiederwahl der bisherigen Verwaltung.

Die Folgen des Alkohols. Gestern abend gegen 11 Uhr
sanden Passanten einen Mann bewußtlos auf der Gasse liegen,
der schwere Wunden an Kopf und Nase hatte. Er hatte
offenbar zu reichlich dem Alkohol geknabbert, war in der Trunken-
heit gefallen und mit dem Kopf auf den Bordstein aufge-
schlagen, wodurch er betäubt worden war. Die Feuerwehr
nahm den Verunglückten mit zum Depot, wo ihm ein Notverband
angelegt wurde. Da der Mann noch nicht wieder zum Bewußt-
sein gelangt war, wurde er ins städtische Krankenhaus gebracht.

Polizeibericht. Ein schweres Sittlichkeitsver-
brechen wurde am Freitag, 12. Febr., abends gegen 10½ Uhr
in Heepen in der Nähe des dortigen Krankenhauses von einer
Mannsperson an zwei Damen auszuführen versucht. Bei dem
hierbei entstandenen Ringen ist der Verbrecher an mehreren
Stellen einer Hand schwer verletzt worden, so daß die Blutspuren
vom Tatorte aus noch circa 1½ Kilometer weit festgestellt wer-
den konnten. Es ist daher anzunehmen, daß der Verbrecher
ärztliche Hilfe in Anspruch genommen hat und auf einige Zeit
arbeitsunfähig ist, zum mindesten aber bei Fortsetzung der Ar-
beit die Hand verkrüppelt haben wird. Alle Vertriebsleiter, Fir-
meninhaber oder sonstigen Personen werden gebeten, sachliche
Mitteilungen, die zur Entdeckung des Verbrechers führen
können, umgehend der hiesigen Kriminalpolizei zu machen.
Eingeliefert ins hiesige Polizeigefängnis wurden zwei
Beistler; 32 Obdachlose erhielten Unterkunft.

Das beste Mittel, Holzwaren im Freien, zum Beispiel
Bretterwände, vor dem Verderben zu schützen, besteht darin, sie
gut trocknen zu lassen und mit warmem Kreosot, wenn man eine
schöne Farbe haben will, Brauntrogelot, ein oder zweimal anzu-
streichen. Um den schlechten Geruch und die schädliche Wirkung
auf Pflanzen zu beseitigen, werden die Holzwaren einige Zeit
später mit einem Feinsand angestrichen, den man aus 300 Gramm

Kolophonium und 2
starlem Weingeist da-

Der Distrikts-
Lauer der Vorträge
nimmt seine regelmä-
auf. Die erste Ver-
abends 8½ Uhr, im 1.
Statt.

Von der „Arbei-
und kann im Parteibü-
werden.

Bei der Verstei-
die Firma Harms u.
den Zuschlag.

Stadtkonferenz.

Schrieben: Heute aben-
nommene erfolgreiche
unwiderruflich Leben
Karls Ewin-Sonne hat
liebe Künstler hat zu
Erich von Hellen in
„Goldfische“ von Zeh-

Konferenz der
Eine überaus stark
gestern, Sonntag, im
hatten sich aus 112
nierte eingeladen.

gewählt: Zigaretten-
Schmale, Osnabrück
und Schloßmann, Al-
mission Alberts, Mi-
berichtigte, Albe-
Der einzige Punkt
linter Kongress, d-
und wie gestaltet
Referat hielt Albe-
sei folgendes hervor-
Mit dem Kongress,
den „Tabakarbeiter“
im Kampfe gegen die
im Kampfe gegen die
allein ist die Ver-
dem Kongress bemerk-
Kongress hat ein ge-
das, was eine Arbeiter-
Aufmerksamkeit der gar-
auf sich gezogen. Es ist
im Kampfe gegen die
enthalten, bis die Steu-

Medner erörtert dar-
im Reichstage und som-
wollen Haltung d-
Sydow sei es vor a-
Er glaubt, daß dadurch
geht, die Arbeiterbewe-
nicht mehr so zuneh-
daraus die Annahme der
Mehrheit. Ich bin in
selben Meinung, daß die
Arbeit der Abgeordn-
ja für die Konvention
Regierung will. Sie le-
als Gegner; nach dem
dessen Wortlaut wir in-
sichten — ist aber an-
Nationalliberalen
Konze, Herford, der
aus. Auch die Wirt-
wir als Gegner der Steu-
reien insgesamt 25 Ab-
zu nehmen. Nur die
prinzipiell gegen die St-
das Zentrum, so ergibt
die Steuer. Es kommt
machen ihre Stellung zu
Straßen, Hermann-
gegen die Steuer stim-
an sein Ehrenwort —
sozialdemokratischen Par-
jede indirekte Steuer zu
ihm in der Stichwahl bi-
mann-Sofor bereit, gegen
die Tabakarbeiter
aber auch dann
tragen, wenn dabu-
das Zentrum da-
Die Entscheidung hängt
Referent erinnert dann
für die Tabakarbeiter
Existenz auf dem Mar-
aber nicht. Wir wollen
füllen, aber auch untere

Bum weiteren Pro-
jektion der ge-
schaft an den Reichs-
mission der Gewerkschaft
bereit erklärt, alles zu
tun, was der Staat zu
gegen die Steuer samm-
müssen geholt werden
lin haben gelobt, im Ein-
niation zu arbeiten.
mit dem Geldfonds, uner-
Organisation tätig zu
iation bringt, kann in
warten. Vom Staate zu
erwarten. Die Macht d-
Organisation.

Dem mit starkem Bei-
tunge Diskussion. Alle
führungen Schülers ein-
Sinn zu wirken. Es ist
indem neben den Folgen
auch der Wert der Mas-
gende Resolution wurde

Die von 157 Delegier-
arbeitern besuchte Konf-
— Westfalen, Lippe, Bad-
brück — protestieren auf
des Tabaks.

Die Konferenz bedauer-
lungsartikel versucht wir-
arbeiter im Kampfe
sich zu retten, damit gewisse
Die Konferenz erklärt
lungen des Tabakarbeiter
standen und verpfl-
lich dem Deutschen Tabak-
verbände anzuschließen.

Mit der Aufforderung
Nation und einem Do-
Tabaksteuer wurde die Kon-

* Brandwebe, 14. Febr.
Luftg. Morgen, Dienst-
Herrn Schröder in Brad-
statt. Es ist notwendig, de-
finden.

Barbier. Definghausen bei 357* | Har. 928

6 grosse Verkaufs-Tage

Mr. 38.

Dent

Futter - Seide solide, haltbare Qualität **89**

Soeben eingetroffen 1 Posten

Kostüm-Röcke teils mit Nieder **195**
8.50. 4.75 und

Feston nur gute Planener Qualitäten **48**
Coupon 4 1/2 Meter 95, 75 und 48.

Gerauht Croisé solide Ware **32**
Meter 39 und 42

Gebrüder Kaufmann

Niedernstrasse 13.

306. Sitzung, Sonna-
Am Bundesratstid-
Ein Nachtrags-
anizingen mehr an-
anweisungen und
Kosten - der Veru-
in dritter Beratung
sianth (konf), Pre-
Es folgt die Vortheu-
für das Reichsan-
pitel „Reichsgeun-
Abg. Brühne (Z-
einmal gründlich mit-
stände in den chemi-
dort viele Uebelstände
menig wäre. Es sollt-
Frage beschäftigen, ob
nügen für ärztliche
sekretärs, das es ein
Vergte Schwerkranten
Redner auf den Kölnen
die bekannten Fälle, in
insbesondere in Leben-
verwiegten, als sie h-
Redner windigt und al-
solche Dinge mögen in
tont ausdrücklich, daß
Köln sei mit solchen
nicht einverstanden. E-
sach behauptet wird, di-
der Vergte geleistet.
zeigt, daß die Kassen in
gaben hatten, davon an
Millionen, zusammen
Hälfte und weit mehr a-
den Soz.) Ich betone
Streitfragen zwischen
Versicherungsgesetz ich-
Ich wende mich zu
und Gesundheit der A-
nügen gehalten werden
in einem Betriebe 5 A-
und denen zusammen
(Hört, hört! bei den So-
sich auch sichweise ich-
(Sehr wahr! bei den So-
ganzan Reihe von Fällen
denn auch heißen, wenn
Knaben 8 bis 10 Stund-
3 Mk. Geldbetrag beleg-
Bäckereien misachtet
gibt es viele Bäckereien
beschäftigt sind und ber-
bitterste Not kann Eel-
zugeben. (Leb. Sehr
können in der Schule
Arkietern werden. (Ru-
Es wäre wünschens-
tretungen, sowie auch
betari vorgegangen wir-
mit solchen Fällen nicht
bei den Soz.) Eine Be-
ebe man sich nicht ent-
Reihen der Arbeiter je-
Abg. Dr. Muga d a
Brühne, die Streitigkei-
Schiedsgerichte zu belei-
geführten Fälle in Köln
sie vorgekommen sind.
über die Kassenvorstände
gepaunt, sie hätten ge-
post. In den Staatssekr-
einheitlichen Hebeamm-
gut ausgebildeten Hebe-

Oli

50 Aus dem Engl.
„Zu dem wollen Sie
ein wohlgekleidetes Stüb-
chen, nach.
„Zu einer Dame hier
begleitete Antwort. „Zu
Mik Waplie,“ sagte
das Mädchen, das jetzt
anzukommen, antwortete
rührend und rief einen Be-
holden. Er fragte nach ihr
„Sie brauchen gar kein
„In was für ner
„Ich muß sie sprechen
Der Bediente befaß
und ließ sie nach der T
„Nehmen Sie sich in
aus dem Hause hinaus!
hier, der einem armen
Dame hinauszugehen?
„Inzwischen hatte sich
tätige doch letzte sich
auf, das Mädchen Mik
„Wozu denn aber?“
doch nicht glauben, daß
lassen wird?“
Dief. Anspielung auf
ein gewaltiges Maß zu
mädchen, welche mit groß
ein. Sogar, ihres G
Gnade an die Straße zu
„Machen Sie mit mi
wack, in der Bedienten
verlange; und ich forder
wollen ausrichten.“
Der wackerste Knecht
das Ende, war, daß der
kommen, die Meldung in
„Was soll ich meiner
„Doch, ein junges M
zu sprechen wünscht,“ er
„Dann, wenn sie nur das
kennen wird, ob sie das,
anhören muß, oder mich
lassen soll.“

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 38.

Bielefeld, Montag, 15. Februar 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

206. Sitzung, Sonnabend, 13. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz v. Bethmann-Hollweg, Spdow.

Ein Nachtragsetat (1/2 Millionen Mark zur Veranlagung mehr ausgegebener und neuer Schablonen und 171829 Mk. zur Vervollständigung der Kosten der Berufs- und Betriebszählung) wird in dritter Beratung nach einigen Bemerkungen der Abg. Graf Kanitz (konf.), Arendt (Rp.) und Sped (Ztr.) bewilligt. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern, beginnend beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt“.

Abg. Brühne (Soz.): Das Reichsgesundheitsamt sollte sich einmal gründlich mit der Untersuchung der gesundheitlichen Zustände in den chemischen Fabriken beschäftigen. Es haben sich dort viele Uebelstände herausgestellt, jedoch es dringend notwendig wäre. Es sollte sich weiter auch einmal ernstlich mit der Frage beschäftigen, ob bei Unglücksfällen und Krankheiten genügend für ärztliche Hilfe gesorgt ist. An das Wort des Staatssekretärs, daß es ein Rückfall in unglückliche Zustände sei, wenn Ärzte Schwerkranken die Hilfe verweigern, antwortend, kommt Redner auf den Kölner Kasernenkonflikt zu sprechen und bespricht die bekannten Fälle, in welchen Ärzte tatsächlich Schwerkranken, insbesondere in Lebensgefahr schwebenden Kindern jede Hilfe verweigerten, als sie hörten, daß der Vater Kasernenmitglied war. Redner wünscht und glaubt auch, daß das Haus darin einig ist, solche Dinge mögen in Zukunft nicht mehr vorkommen und betont ausdrücklich, daß er annimmt, das Gros der Ärzte in Köln sei mit solchem unmenschlichen Vorgehen ihrer Kollegen nicht einverstanden. Es ist durchaus unrichtig, wenn man vielfach behauptet wird, die Krankenversicherung werde auf Kosten der Ärzte geleistet. Die Statistik des Reichsgesundheitsamtes zeigt, daß die Kosten im Jahre 1906 148 Millionen Mark Ausgaben hatten, davon an Ärzte 47 Millionen, für Arzneien 36 Millionen, zusammen also 83 Millionen, weil mehr als die Hälfte und weit mehr als die Kosten bezogen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich betone aber noch mehr, daß ich wünsche, daß die Streitfragen zwischen Ärzten und Krankenkassen beim neuen Versicherungsgezet schiedsgerichtlich geregelt werden.

Ich wende mich zu den Verordnungen, die Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter betreffen, aber leider nicht genügend gehalten werden. Ein Fabrikinspektor berichtet, daß er in einem Betriebe 5 Arbeiter fand, die Kost und Logis hatten, und denen zusammen nur ein einziges Bett zur Verfügung stand. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie arbeiteten schichtweise und legten sich auf schichtweise schlafen. Gesundheitsfördernd ist das nicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Aufsichtsbeamten klagen in einer ganzen Reihe von Fällen, daß das Gesetz verstoßen wird. Was will es denn auch heißen, wenn ein Riegelarbeiter, der einen 11jährigen Knaben 8 bis 10 Stunden hindurch beschäftigt hat, schließlich mit 3 Mk. Geldstrafe belegt wird. Wie das Kinderbeschäftigungsgesetz in Bädereien mißachtet wird, ist ja bekannt. Selbst in Berlin gibt es viele Bädereien, wo 5-jährige Kinder mit Ausstrichen beschäftigt sind und bereits um 5 Uhr früh beginnen. Nur die bitterste Not kann Eltern dazu treiben, ihre Kinder hierzu herzugeben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Kinder können in der Schule nichts lernen und auch nicht zu gesunden Arbeitern werden. (Zustimmung bei den Soz.)

Es wäre wünschenswert, daß sowohl gegen diese Uebertretungen, sowie auch gegen die Mißhandlung Minderjähriger bereits vorgegangen würde, daß wir in den nächsten Jahren mit solchen Fällen nicht mehr beschäftigen müssen. (Zustimmung bei den Soz.) Eine Beförderung wird aber nicht eher eintreten, ehe man sich nicht entschließt, Gewerbeaufsichtsbeamte aus den Reihen der Arbeiter selbst anzustellen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (Fr. Sp.): Dem Wunsch des Abg. Brühne, die Streitigkeiten zwischen Ärzten und Kassen durch Schiedsgerichte zu beilegen, stimme ich zu. Die von ihm angeführten Fälle in Köln verurteile ich gerade so wie er, falls sie vorgekommen sind. Einen großen Teil der Schuld tragen aber die Kassenvorsitzenden, welche schon vor Monaten in die Welt posauten, sie hätten genügend Ärzte, was eben nicht der Fall ist. An den Staatssekretär richte ich die Frage, wann wir ein einheitliches Behebammengezet zu erwarten haben. Auf einem gut ausgebildeten Behebammenstand beruht unsere ganze Zukunft.

(Weiterleit.) Die Behebammen sowie auch das Krankenpflegepersonal sollten den Segen der Arbeiterversicherung mit genießen.

Die Bleiweißvergiftungen betreffend, so liegen sich die meisten Fälle vermeiden, wenn die Arbeiter mehr Aufmerksamkeit den Verordnungen und Gesetzen entgegenbrächten. (Bravo! bei den Freiz.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bumm: Herr Brühne hat zu Unrecht die sanitären Zustände der chemischen Fabriken beanstandet. Deutschland kann auf seine chemische Industrie stolz sein. (Sehr richtig! bei den Natl.) Die Bleiweißvergiftung ist allerdings eine furchtbare. Aber sie ist längst erlanten, und mit ihrer Bekämpfung beschäftigen sich nicht weniger als 5 Bundesratsverordnungen.

Abg. Goh (Soz.): Herrn Mugdan möchte ich bemerken, daß es in Köln einen Gegenstand zwischen Vorstand und Kassenmitgliedern nicht gegeben hat, wie es nach seinen Worten den Anschein haben könnte. Alle Mitglieder standen hinter dem Vorstand, einschließlich der Unternehmer. (Hört, hört!) Herr Dr. Mugdan hat sich die Kontrolle der von meinem Freund Goh vorgebrachten Fälle reservieren zu müssen geglaubt. Aber die Behauptungen der Herren Strube, Mugdan und anderer Vertreter aller zu prüfen, ist auch nicht möglich. In einem Falle, den wir sofort kontrollieren konnten, haben wir allerdings die Unrichtigkeit festgestellt. (Bravo! bei den Soz.) Der Titel wird bewilligt.

Zum Titel Reichspatentamt wünscht Abg. Dr. Fünd (natl.) baldigste Fortsetzung der Novelle zum Patentrete und fragt, wie weit die Verhandlungen mit Amerika über den Patentrete gegeben sind.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Novelle befindet sich im Stadium der Verhandlungen des beteiligten Reichstags. Ueber die Verhandlungen mit Amerika kann ich mich augenblicklich nicht äußern.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ nimmt das Wort

Abg. Erzberger (Ztr.): Die Kapitastien, die durch unsere Invalidenversicherung angelassen sind, sollten mehr als bisher gemeinsamen Unternehmungen zugänglich gemacht werden, für Verbesserung des Wohnungswesens, Bauwesen, u. a. Auch für die Ausdehnung der Heilfürsorge auf dem Lande könnte durch Unterstützung von Diakonissen- und Krankenpflegestationen mehr gegeben. Zu bedauern ist, daß den Gesunden katholischer Kirchengemeinden und Korporationen sehr wenig Sympathie entgegengebracht wird.

Abg. Bormelburg (Soz.): Es müßte künftig aus der Statistik ersichtlich sein, wie sich die Unfälle auf die einzelnen Berufe und auf die Größenklassen der Orte verteilen. Vermutlich ist die Unfallhäufigkeit auf dem flachen Lande bedeutend höher als in den Städten. Zum ersten Male sind jetzt auch die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsvereinigungen gedruckt, bisher erschienen nur die Berichte der Arbeiter. Ein Exemplar kostet 24 Mk., was nicht jeder Abgeordnete aufwenden kann. Die vielen Berichten beigegebenen Statistiken in jeder Beziehung unbrauchbar. Wie ein roter Faden zieht sich durch sie die Behauptung, daß die Arbeiter selbst an den Unfällen schuld seien.

Sie ist über ungerechte Angriffe auf die Berufsvereinigungen geklagt worden. Würden die Arbeiter gemeinsam mit den Unternehmern zur Unfallverhütung zusammenarbeiten können, so würde wohl manche Klage verstummen. (Zustimmung bei den Soz.) Die Arbeiter müssen gehört werden, die Verhütungsvorrichtungen erlassen werden. Wenn es sich um Herbeiführung von Verbesserungen handelt, so nehmen die Arbeiter an solchen Beratungen den lebhaftesten Anteil, und ihre Vorschläge sind aus der Praxis geboren.

Ich möchte noch den Wunsch ausdrücken, daß das Reichsversicherungsamt dahin wirken möge, mehr Einheitslichkeit in die Verhütungsvorrichtungen zu bringen. Die einen Berufsvereinigungen verbieten, was andere gestatten. So schreibt das Reichsmarineneamt bei Arbeiter unter 2 1/2 bis 3 Atmosphärenüberdruck vor, daß nur 2 Stunden ununterbrochen gearbeitet werden darf und überhaupt nur 4 Stunden innerhalb 24. Die Tiefbauvereinigungen hingegen gestatten 6 Stunden ununterbrochene Arbeit. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch andere Vorschriften in Bezug auf Kleidung, Ernährung usw., die beim Marineneamt bestehen, hat die Berufsvereinigungen nicht erlassen. Sie fürchtet, daß sich daraus Lohnherhöhungen ergeben würden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir sind ja gewohnt, daß das Reichsversicherungsamt die Berufsvereinigungen sehr zart anfaßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es sollte aber nicht vergessen, daß es doch sozusagen auch die Interessen der Versicherten wahrzunehmen hat. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Abg. Behrens (B. Sp.) wird aufgerufen, ist aber nicht zur Stelle. Abg. Vogel (natl.) verbreitet sich über die Veranlagung und führt aus, daß ein Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern segensreicher sein würde, als die Menge bergpolizeilicher Verordnungen.

Direktor des Reichsamtes des Innern Caspar bestreitet, daß die katholischen Korporationen von den Versicherungsanstalten schlechter behandelt werden, als die Protestanten, wie Abg. Erzberger gesagt hat. Das Reichsversicherungsamt ist außerstande, den Berufsvereinigungen schärfere Verhütungsvorrichtungen aufzulegen.

Abg. Dr. Mugdan (Fr. Sp.) pflichtet dem Direktor Caspar in Bezug auf die Versicherungsanstalten bei. Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel „Kanalbau“.

Abg. Lehmann (Soz.): In der Denkschrift der Regierung über die Arbeiterbeschäftigung beim Kanalbau wird gesagt, daß vorzugsweise deutsche Arbeiter herangezogen werden sollen. Das steht aber lediglich auf dem Papier. Ueberwiegend werden ausländische Arbeiter beschäftigt. Weil es im Interesse der Landwirtschaft liegt, wie die Kanalverwaltung sagt, ihr nicht die deutschen Arbeiter zu entziehen. Eine Bestimmung sagt, daß minderjährige Arbeiter aus Schleswig-Holstein am Kanal nicht beschäftigt werden sollen, aus anderen Gegenden Deutschlands nur mit Genehmigung der Verwaltung. Diese Grundstücke schlagen aller Gerechtigkeit ins Gesicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Aufsichtsamts für Privatversicherung“ beantragt das Zentrum eine Resolution, in der ein Verbot der Veranlagung von Zeitungen mit Versicherungen verlangt wird.

Abg. Baffermann (natl.) beantragt, unter Ablehnung dieser Resolution eine Denkschrift über den Umfang dieser Veranlagung zu verlangen.

Abg. Dr. Marcour (Ztr.) erklärt, daß seine Freunde im Falle der Ablehnung der Zentrumsresolution dem Antrag Baffermann zustimmen.

Abg. Baffermann (natl.) hält ein direktes Verbot nicht für angängig, obwohl der Uebelstand nicht zu leugnen sei.

Abg. Brand (Soz.) befürwortet die Zentrumsresolution. Vom Standpunkte der Volksbildung, weil auf diese Weise ein großes Publikum sehr leicht zum dauernden Lesen minderwertigen Materials verführt wird, sowie auch vom Standpunkt der Versicherungstechnik, weil Leute, denen es an Erfahrung ermangelt, nach jahrelangem Abonnement durch allerbald Einreden schließlich doch um den Genuß der Versicherung gebracht werden, wenn der Fall eintritt, sei die Veranlagung von Zeitungen und Versicherungen verwerflich. Diese Intention ist die schlechteste Form der Versicherung und die schlechteste Form der Zeitung. Gerade jetzt, wo der Umfang des Uebels noch nicht allzu groß ist, sollte die Gesetzgebung einschreiten. (Bravo! bei den Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Giesberts (Ztr.) und Baffermann (natl.) wird die Abstimmung über die Resolutionen für die dritte Lesung zurückgestellt und der Rest des Etats nach kurzer Debatte bewilligt.

Beim Extraordinarium hatte Abg. Dr. Jäger (Ztr.) noch eine weitere Forderung des kändlichen Wohnungswesens befürwortet.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr (Dampfersubvention, Etat des Reichstags und des Reichseisenbahnamts). Schluß 7 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom Freitag, 12. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Bessler.

Die zweite Beratung des Justizetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Landgerichte und Amtsgerichte“.

Abg. Tourneau (Ztr.) tritt für eine weitere Vermehrung

Oliwer Twist.

Von Charles Dickens.
Aus dem Englischen von Julius Seydt.

„Zu wem wollen Sie, junges Frauengimmer?“ rief ihr ein wohlgekleidetes Stubenmädchen, das eine Tür hinter ihr öffnete, nach.

„Zu einer Dame hier im Hause.“

„Einer Dame!“ lautete die mit einem Blicke der Verachtung begleitete Antwort. „Zu was für einer Dame?“

„Wiß Maple,“ sagte Nancy.

Das Mädchen, das jetzt Zeit gehabt hatte, die Fremde genauer anzusehen, antwortete nur durch einen Blick tugendhafter Entrüstung und rief einen Bedienten, dem Nancy ihre Bitte wiederholte. Er fragte nach ihrem Namen.

„Sie brauchen gar keinen zu nennen.“

„Zu was für ner Angelegenheit wollen Sie die Dame sprechen?“

„Ich muß sie sprechen — das genügt.“

Der Bediente befahl ihr, sich aus dem Hause zu entfernen und schob sie nach der Tür hin.

„Nehmen Sie sich in acht — Sie werden mich nicht lebendig aus dem Hause hinausschaffen!“ rief sie. Ist denn niemand hier, der einem armen Mädchen den kleinen Dienst leistet, zu der Dame hinaufzugehen?“

Inzwischen hatte sich die Dienerschaft versammelt. Der gutaussehende, noch junge Mann in der Mitte und forderte den Bedienten auf, das Mädchen Witz Maple zu melden.

„Wozu denn aber?“ antwortete der Bediente. „Sie werden doch nicht glauben, daß die junge Dame eine solche Person vorstellen wird?“

Die Anspielung auf Nancys verdächtigen Stand erregte in gewaltiger Maß tugendhafter Entrüstung bei vier Dienstmädchen, welche mit großer Lebhaftigkeit erklärten, das Mädchen ein Schandweib, ihres Geschlechts, und darauf bestanden, sie ohne Gnade an die Straße zu werfen.

„Machen Sie mit mir, was Ihnen beliebt,“ sagte das Mädchen, „zu der Bedienten sich wendend, „nur tun Sie erst, was ich verlange: und ich fordere Sie auf, meine Volschaft um Gottes Willen anzurufen.“

Der wüthberzige Koch trat jetzt vermittelnd dazwischen, und das End, was, daß der Mann, der zuerst zum Vorschein kam, die Werbung übernahm.

„Was soll ich meiner Herrschaft sagen?“ fragte er.

„Daß ein junges Mädchen Witz Maple unter vier Augen zu sprechen wünscht,“ erwiderte Nancy, „und — daß die junge Dame, wenn sie nur das erste Wort anhören will, folglich erkennen wird, ob sie das, was ich anzubringen habe, noch fern anhören muß, oder mich als eine Betrügerin vor die Tür werfen lassen soll.“

„Meiner Sir!“ erwiderte der Bediente. „Ich hab Ihr Sache ja sehr gewiß.“

„Bringen Sie mir mein Anliegen vor, und lassen Sie mich den Bedienten wissen,“ entgegnete der Mädchen fest.

Der Bediente eilte hinauf, und Nancy stand bleich, fast atemlos und mit zuckenden Lippen da, als die sehr höflichen Ausdrücke von Verachtung ihr Ohr trafen, mit welchen die tugendreichen Dienstmädchen ihr freigegeben waren. Ihre Wäffe nahm zu, als der Bediente wieder herankam und ihr sagte, daß sie hinaufgehen könne.

„Nichtlich! Ich bin nicht in dieser Welt,“ bemerkte das erste Dienstmädchen.

„Nichtig! Ich bin nicht in dieser Welt,“ bemerkte das zweite Dienstmädchen.

Das dritte sangte sich damit, seine Verwunderung darüber auszudrücken: „aus welchem besseren Stoffe die Dame wohl sein möchte!“ und das vierte übernahm die Sopranstimme im Quartett: „In ne Schande,“ wenn die vier Damen schlossen.

Obne auf dieses alles zu achten — denn sie hatte wichtiger Dinge auf dem Herzen — folgte Nancy mit Beden dem Bedienten in ein kleines Vorzimmer, das durch eine von der Decke herabhängende Lampe erleuchtet war und in welchem ihr Führer sie allein ließ.

Diezigste Kapitel.

Eine seltsame Zusammenkunft, die eine Folge von den im vorigen Kapitel erzählten Ereignissen ist.

Nancy hatte ihr ganzes Leben in den Straßen und den elendsten Höhlen des Lasters der Hauptstadt zugebracht, dabei aber immer noch sich einen Rest von der Natur des Weibes bewahrt; und als sie die leichten, der Tür sich nähernden Schritte vernahm und des weiten Abstandes der Personen gedachte, die das Gemach im nächsten Augenblicke einschließen würde, fühlte sie sich durch die Last ihrer tiefen Schmach gänzlich zu Boden gedrückt und jubte in sich zusammen, wie wenn sie die Genußwart der Dame kam zu extragen vermöchte, bei welcher sie vorgelassen zu werden gebeten hatte.

Allein gegen die besseren Gefühle kämpfte der Stolz an — die Sünde der Niedrigkeit und Vornehmheit wie der Höflichkeit und im Guten bestrebt sich die Dämonen. Die elendste Genosfin von Dieben und Bösewichtern aller Art, die tiefgegründete Wucherin der gemeinsten Schlupfwinkel, die Genosfin der Auswurfslinge der Gefängnisse und der Galerien, die selbst im Gaubereiche lebende — selbst diese mit Schmach und Schande Beladene empfand zu viel Stolz, um auch nur einen schwachen Schimmer des weiblichen Gefühls zu verraten, welches ihr als Schwäche erschien, während es noch das einzige Band war zwischen ihr und der besseren Menschheit, deren äußere Spuren und Kennzeichen alle ihr wüthte Leben bei ihr verliert hatte.

Sie erhob die Augen zur Genüge, um zu gewahren, daß die Gestalt, welche jetzt erschien, die eines zartgebauten, holden

Mädchens war; sie senkte die Blicke nieder und sagte, den Kopf mit angenommener Gleichgültigkeit emporwerfend: „Es hat schon er gehalten, zu Ihnen gelassen zu werden, Lady. Wäre ich empfindlich gewesen und fortgegangen, wie es viele getan haben würden, Sie möchten es dereinst bereuen haben, und nicht ohn Grund.“

„Es tut mir leid, wenn man Sie unartig behandelt hat,“ erwiderte Rose, „Denken Sie nicht mehr daran und sagen Sie mir, weshalb Sie mich zu sprechen wünschen.“

Der gültige Ton, in welchem sie antwortete, ihre freundlich klingende Stimme, ihr sanftes Wesen und der Umstand, daß sie so gar keinen Hochmut, kein Mißfallen zeigte, überraschten Nancy dergestalt, daß sie in einen Tränenstrom ausbrach.

„O Lady, Lady!“ rief sie, die aufgehobenen Hände leidenschaftlich ringend, „wenn mehrere Jähresgleichen wären, würden weniger meinetwegen sein — gewiß — gewiß!“

„Sehen Sie sich,“ sagte Rose, „Ihre Worte gehen mir in der Tat an das Herz. Wenn Sie in bedürftiger Lage oder sonst unglücklich sind, so werde ich mich glücklich schätzen, Ihnen, wenn ich es vermag, beizustehen — glauben Sie es mir. Sehen Sie sich.“

„Lassen Sie mich nur stehen, Lady,“ sagte das Mädchen, „noch immer Tränen vergießend, und reden Sie nicht so gültig zu mir, bis Sie mich besser kennen lernen. Doch es wird spät. Ist — ist — jene Tür verschlossen?“

„Ja,“ erwiderte Rose, einige Schritte zurückweichend, als ob sie im Nothalle der Hilfe nahe zu sein wünschte. „Weshalb aber?“

„Weil ich im Begriffe bin, mein Leben und das Leben anderer in Ihre Hände zu legen. Ich bin das Mädchen, das den kleinen Oliver zu Ragin, dem alten Juden, an jenem Abende wieder zurückschleppte, als er das Haus in Pentonville verließ.“

„Sie!“ sagte Rose Maple.

„Ja, ich Lady. Ich bin die Schändliche, von der Sie ohne Zweifel gehört haben, die unter Dieben lebt und die, Gott helfe mir! so lange ich zurückdenken kann, kein besseres Leben oder freundlichere Worte, als meine Genosfin mir geben, gekannt hat. Ja, weichen Sie nur immerhin entfernt vor mir zurück, Lady. Ich bin jünger, als Sie nach meinem Ansehen glauben mögen: allein ich bin daran gewöhnt, und die ärmsten Frauen entziehen sich meiner Berührung, wenn ich durch die dicht gedrängten Straßen gehe.“

„Wie schrecklich!“ sagte Rose, sich von dem Mädchen unwillkürlich noch weiter entfernend.

„Danken Sie auf Ihren Knien dem Himmel, geachtete Lady,“ rief die Unglückliche aus, „daß Sie Angehörige haben, die Sie in Ihrer Jugend bewacht und gepflegt, und daß Sie niemals, wie ich seit der frühesten Kindheit, von Kälte und Hunger, von Völlerei und Trunksucht, und — und von etwas noch viel Schlimmerem, als dieses alles ist, umgeben gewesen sind. Ich

der Richterstellen ein und wünscht härtere Verfolgung von Richterbeleidigungen.

Abg. Seif (natl.) wendet sich gegen diese Anregung, daß stets Strafantrag bei Beleidigung eines Richters zu stellen sei.

Abg. Schiffer (natl.) tritt für eine größere Beteiligung der Frauen am Vormundschaftswesen ein.

Abg. Cassel (Dr. v.) klagt über Mißstände beim Amtsgericht Berlin in Bezug auf die Handelsregisterführung und beantwortet eine Vermehrung der Bureaubeamten zur Entlastung der Richter von formellen Arbeiten.

Abg. Waldstein (Dr. v.) schließt sich diesem Wunsch an.

Abg. Reinert (Soz.) tritt für die Schaffung eines Amtsgerichts in Linden ein. Heute müssen die Leute aus dem Landreise Linden durch Linden hindurch nach dem Amtsgericht Hannover fahren. Sie benutzen diesen Weg dann auch zu Einkäufen und Linden wird auf diese Weise bei den Einkäufen übergegangen, die direkt in Hannover gemacht werden. Der Nachteil, den die Geschäftsleute in Linden dadurch haben, ist außerordentlich groß. Das Amtsgericht in Linden ist auch zu fordern im Interesse der dortigen Arbeiterschaft, für die der kürzere Weg und die weniger lange Wartezeit, die für sie beim Bestehen eines Amtsgerichts in Linden in Betracht käme, sehr wichtig ist. Der Herr Justizminister jagte am 30. Januar, es sei zu wünschen, daß die Bevölkerung möglichst schnell zum Richter gelangen kann. Wenn es nicht bei den schönen Worten sein Bewenden haben soll, so ist es unbedingt notwendig, daß auch für eine Stadt wie Linden mit 60 000 Einwohnern, die durch die Eingemeindung umliegender Orte noch größer werden wird, ein eigenes Amtsgericht geschaffen wird. Ich möchte den Herrn Justizminister ersuchen, eine Erklärung darüber abzugeben, ob er endlich daran denken will, diesen dringenden Wunsch der Linden Bevölkerung zu erfüllen. — Auf die Angriffe, die gegen mich beim Justizetat von verschiedenen Rednern erhoben sind, werde ich bei der dritten Sitzung ausführlich antworten. (Bravo! h. d. Soz.)

Justizminister Bessler: Das Amtsgericht in Linden wird von verschiedenen Seiten gewünscht. Die Frage ist in Erwägung gezogen und ich werde sie im Auge behalten. Ein dringendes Bedürfnis dafür besteht aber zurzeit nicht, denn wie mir gesagt worden ist, ist Linden mit Hannover auf das beste verbunden, so daß ein großer Teil der Bewohner Lindens eben so schnell in das Amtsgericht Hannover gelangen kann, wie er ein Amtsgericht in Linden erreichen würde. Aber ich wiederhole, daß ich die Frage im Auge behalten werde. In Bezug auf den Mordstand beim Amtsgericht Berlin hinsichtlich der Handelsregisterführung werde ich alles tun, um Abhilfe zu schaffen.

Abg. Waldstein (Dr. v.) betont die Notwendigkeit besserer Reinigung der Gerichtsgebäude mit modernen Reinigungsapparaten.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Gefängnisse“.

Abg. Tournau (Dr.) tritt dafür ein, daß von der beabsichtigten Verringerung mehr Gebrauch gemacht und möglichst wenig Jugendliche ins Gefängnis geschickt werden. Die Gefängnisarbeit sollte im Interesse des Handwerks möglichst eingeschränkt werden.

Abg. Dr. Schmitt (Dr.) wünscht, daß allen Gefangenen die Teilnahme an einem Gottesdienst jeden Sonntag ermöglicht werde. Der sittliche Zweck der Strafe, die Besserung des Gefangenen, wird am besten durch eine richtige Seelsorge erreicht. Man sollte nicht warten, bis der Gefangene den Seelsorger verlangt, der Seelsorger soll sich auch nicht aufdrängen; aber es sollte so eingerichtet werden, daß jeder Gefangene möglichst mit dem Seelsorger regelmäßig in Verbindung kommt. An allen Gefängnissen mit einer durchschnittlichen Belegung von 200 Gefangenen sollte ein Seelsorger im Hauptamt angestellt werden.

Ein Regierungskommissar erwirbt: Die Regierung ist mit dem Vorredner im wesentlichen durchaus einverstanden. Sie legt besonderes Gewicht auf die Seelsorge in der Einzelzelle. Für die Untersuchungsgefangenen kann die Seelsorge nur eintreten, wenn der Untersuchungsrichter und der Untersuchungsgefangene damit einverstanden sind. Die geforderte Unterbringung jugendlicher Gefangener, die Herr Tournau anregte, geschieht nach Möglichkeit.

Abg. Dr. Becker (Dr.) aus Anlaß der neuesten Mordtaten in Berlin ist die Frage der Unterbringung geisteskranker Verbrecher wieder aufgeworfen. Es muß auf jeden Fall dafür gesorgt werden, daß Geistesranke mit verdrehten oder pervertierten Neigungen nicht der Gesellschaft gefährlich werden können.

Abg. Windler (konf.) betont gleichfalls die Notwendigkeit der Unterbringung geisteskranker Verbrecher. Es geht nicht an, daß es sagen, denn elende Gassen und wüste Höhlen sind meine Behausung gewesen und werden mein Sterbebett sein.

„Ich bemitleide Sie!“, sagte Rose mit bebender Stimme. „Es ist ja herzzerreißend, Sie anzuhören.“

„Gottes Segen über Sie und Ihre Güter!“, erwiderte das Mädchen. „Wenn Sie wüßten, wie es mir bisweilen zumeist ist, Sie würden mich bedauern, glauben Sie mir. Doch ich habe mich fortgeschlichen von Leuten, die mich sicherlich ermorden würden, wüßten sie, daß ich hier gewesen bin, um Sie von Dingen, die ich ihnen abgefordert habe, in Kenntnis zu setzen. Ist Ihnen ein Mensch namens Monts bekannt?“

Rose verneinte.

„Er kennt Sie“, fuhr das Mädchen fort, „und wußte, daß Sie hier wohnten, denn nur dadurch, daß er es einem anderen sagte, ward es mir möglich, Sie aufzufinden.“

„Ich habe den Namen niemals nennen hören“, sagte Rose. „Nun, so führt er unter uns einen andern, was ich wohl schon früher vermutet habe. Vor einiger Zeit und bald nach dem Mord in der Nacht des beabsichtigten Raubes in Ihr Haus gehoben wurde, behauptete ich diesen Menschen, auf welchen ich Verdacht geworfen, als er mit Jagin eine Unterredung hatte. Ich erfuhr bei der Gelegenheit, daß Monts — der Mann, nach welchem ich Sie vorhin fragte —“

„Wohl, ich verstehe schon“, sagte Rose.

„Das Monts den Knaben an eben dem Tage, als wir ihn verloren, mit zwei von unsern Knaben zufällig erblickte und folglich in ihm das Kind erkannt hatte, welchem er auflauerte, wiewohl ich mir nicht erklären konnte, weshalb. Er wurde mit Jagin darüber einig, daß der Jude, falls Oliver wieder zurückgebracht würde, eine gewisse Summe und noch mehr erhalten solle, wenn er einen Dieb aus ihm machte, was Monts zu irgend einem Zweck wünschte.“

„Zu welchem Zweck?“ fragte Rose.

„Als ich hörte, um es zu erläutern, erblickte er meinen Schatten an der Wand“, fuhr das Mädchen fort, „und es gibt außer mir nicht sehr viele Menschen, die, um der Entdeckung zu entgehen, seitig genug sich aus dem Hause gefunden hätten. Wir gelang es indes, und ich sah ihn erst am gestrigen Abend wieder.“

„Und was trug sich da zu?“

„Ich will es Ihnen sagen, Lady. Er kam gestern wieder zu Jagin. Sie gingen wieder die Treppe hinauf; ich versteckte mich und hüllte mich so ein, daß mich mein Schatten nicht verraten konnte und horchte abermals an der Tür. Die ersten Worte, die ich Monts sagen hörte, waren diese: „So liegen denn die einzigen Beweise, daß der Mord der Knabe ist, auf dem Grunde des Stromes und die alte Hexe, die sie von seiner Mutter erhielt, verkauft in ihrem Gange.“ Sie lachten und sprachen von der glücklichen Ausführung des Streichs, und Monts, der noch weiter von dem Knaben sprach und sehr ingrimmiert wurde, sagte: obwohl er des jungen Teufels Geld jetzt sicher genug hätte, so würde er es doch lieber auf andere Art erlangen haben; denn welche Lust würde es sein, das präherliche Testament des Vaters dadurch über den Haufen zu werfen, daß man den Knaben durch alle Gefängnisse der Hauptstadt bringe und ihn dann wegen eines todeswürdigen Verbrechens vor Gericht jage, was Jagin leicht würde veranlassen können, nachdem er ihn oben-drein mit großem Vorteile benutzt haben würde.“

„Was ist dies alles?“ rief Rose entsetzt aus.

„Die Wahrheit, Lady, obwohl es von meinen Lippen kommt“, versetzte das Mädchen. „Dann sagte er, unter Verwünschungen, die für mein Ohr gewöhnlich genug sind, den Zuhörer aber

daß sich Staat und Provinzen diese Leute immer gegenseitig zu schaden, daß der Staat sagt, hier handelt es sich im wesentlichen um einen Geisteskranken, und die Provinz sagt, er ist in erster Linie Verbrecher. Wir stehen noch heute auf unserem seit Jahrzehnten eingenommenen Standpunkt, daß es sich hier in den meisten Fällen um Personen handelt, bei denen die Eigenschaft als Verbrecher die Hauptrolle spielt, d. h. bei denen es sich um Erfüllung landespolizeilicher, also staatlicher, und nicht sanitärer Aufgaben handelt. Der Bau von besonderen Anstalten für verbrecherische Geistesranke kann mit Rücksicht auf die großen Kosten von den Provinzen nicht verlangt werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Staat, der an sich die Verbrecher interniert, möge auch die irren Verbrecher internieren. (Bravo! rechts.)

Justizminister Bessler betont, daß die Justizverwaltung in dieser Frage nichts weiter tun könne, als in den Strafanstalten Abteilungen herzustellen, um den Geisteszustand von Straf- oder Untersuchungsgefangenen festzustellen.

Abg. Belsa (Dr. v.) wünscht Erhöhung der Bezüge der Gefängniswärter.

Ein Regierungskommissar sagt zu, daß nach Vereinbarung der verschiedenen Ministerien diese Erhöhung in nächster Zeit eintreten werde.

Das Kapitel und der Rest des Ordinarius werden debattiert.

Das Extraordinarium wird nach kurzer Debatte ebenfalls bewilligt. Damit ist der Justizetat erledigt. Eine Reihe kleinerer Etats wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes für evangelische Geistliche.

Dr. Schmitt (Dr.) wird getrennt debattiert über einen Antrag Eichhoff (Dr. v.), der von allen Freikirchlichen und auch von den Nationalliberalen unterstützt ist, die Regierung zu ersuchen, im nächstjährigen Etat Mittel zur Gewährung von dauernden Beihilfen an leistungsunfähige jüdische Kultusgemeinden für ihre Geistlichen und deren Hinterbliebene bereitzustellen.

Die Kommission, welcher der Antrag überwiesen war, beantragt, ihn abzulehnen.

Abg. Eichhoff (Dr. v.): Es ist zwar ein Fonds in Höhe von 350 000 Mark im Etat ausgeworfen zur Unterstützung für Geistliche aller Bekenntnisse. Aber es ist noch niemals bekannt geworden, daß jemals aus diesem Fonds auch Unterstützungen an leistungsunfähige jüdische Kultusgemeinden gezahlt worden sind. Es gibt namentlich im Osten zahlreiche notleidende jüdische Kultusgemeinden. Die direkten Kultussteuern der jüdischen Einwohner betragen in Preußen 1905 fast 4 1/2 Millionen. Jeder Jude in Preußen zahlt durchschnittlich etwa 140 Mk. Kultussteuern und bringt damit erheblich viel höhere Kultussteuern auf als die evangelischen und katholischen Mißbürger. Die Kommission hat prinzipielle Gründe gegen die Unterstützung jüdischer Gemeinden aus Staatsmitteln geltend gemacht, aber diese Gründe sind nicht einleuchtend. Auch der konservative Abgeordnete v. Heubrand und der Sozialist Herr Böttcher haben sich für die Unterstützung von Synagogengemeinden bereitgestellt, während zur Förderung des jüdischen Religionsunterrichts. In dieser Richtung bewegt sich auch unser Antrag, indem er diejenigen, welche den jüdischen Religionsunterricht erteilen, vor materieller Sorge bewahren will. Gründe der Billigkeit und Gerechtigkeit sprechen in der Tat dafür, daß der Staat den jüdischen Gemeinden nicht vorenthält, was er den christlichen Gemeinden gewährt. (Bravo! links.)

Ein Regierungskommissar erwirbt: Es ist nicht richtig, daß Zuschüsse gegeben werden können an alle Religionsgemeinschaften. Gelegentlich ist die Gewährung von Staatsbeihilfen nur an evangelische und katholische Gemeinden. Das Korrelat der Gewährung von Staatszuschüssen an diese ist das sehr weitgehende Aufsichtsrecht des Staates, insbesondere über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. In Bezug auf die jüdischen Kultusgemeinden hat die Regierung dieses Recht nicht. Die jüdischen Kultusbeamten können angestellt werden, sobald die Regierung erklärt hat, daß hinsichtlich der Formalität der Wahl und gegen die Unabholbarkeit des Bestehenden nichts einzuwenden ist. Daß die jüdischen Kultusgemeinden große Aufwendungen für ihren Kultus übernehmen, ist richtig, aber in derselben Lage befinden sich auch andere Gemeinden. Ob Unterstützungen an jüdische Kultusbeamte infolge besonderer Notfälle durch Krankheit usw. aus dem vom Vorredner erwähnten Fonds gegeben werden können, ist zweifelhaft. Das Haus hat sich seinerzeit dagegen erklärt. Wer da der betreffende Titel lautet „für Geistliche aller Bekenntnisse“, ist die

fremd und schauerlich klingen müßten, er würde es tun, wenn er seinen Kopf ohne Gefahr für seinen eigenen Hals dadurch befreiben könnte, daß er dem Knaben das Leben nähme; es dürfte aber zu gefährlich sein; er würde ihm jedoch überall im Leben aufauern und könnte, wenn er sich die Geburt und Lebensgeschichte des Knaben zu Nutze machte, ihm dennoch Schaden genug zufügen. „Nur zum Jagin“, sagte er, „Aber, der du bist, du hast noch nie Jastriede gelegt, wie ich sie zum Verderben meines jungen Bruders legen werde.“

„Sein Bruder!“, rief Rose bestürzt.

„Das waren seine Worte“, sagte Manes, sich besorgt umschauend, wie sie es fast unablässig getan hatte, denn Siles' finstere Gestalt schwebte ihr beständig vor der Seele.

„Und noch mehr. Indem er von Ihnen und der anderen Dame sprach, äußerte er, der Himmel oder der Teufel müsse wider ihn gewesen sein, als Oliver in Ihre Hände geraten sei, und sagte mit hochgelächelter, darin läge ebenfalls einiger Trost. Denn wieder tausend und hunderttausend Pfund würden Sie nicht geben, wenn Sie sie hätten, zu erfahren, wer Ihr zweibeiniger Schöpfung wäre.“

„Sie wollen doch nicht sagen, daß das alles ernstlich gemeint war?“, fragte Rose erblassend.

„Nenn niemals ein Mensch im Ernst gesprochen, so tat ich es in diesen Augenblicken“, erwiderte das Mädchen, traurig den Kopf schüttelnd; „und auch er pfeift nicht zu scherzen, wenn sein Kopf in ihm lebendig ist. Ich kenne viele, die noch Schlimmeres über, aber ich würde sie alle lieber zehnmal als jenen Monts ein einziges Mal darüber sprechen hören. Doch es wird spät, und ich muß nach Hause zurückkehren, um ja nicht den Verdacht auskommen zu lassen, daß ich zu einem solchen Zweck hier gewesen wäre. Ich muß nach Hause zurückkehren.“

„Doch was kann ich tun?“ fragte Rose. „Welchen Nutzen kann ich ohne Sie aus Ihrer Mitteilung ziehen? Zurückkehren wollen Sie! Wie können Sie zu Genossen zurückkehren wünschen, die Sie mit so furchtblichen Farben schildern? Wenn Sie Ihre Aussage in Gegenwart eines Herrn, welchen ich augenblicklich herbeirufen kann, wiederholen wollen, so können Sie binnen einer halben Stunde an einen sicheren Ort gebracht werden.“

„Ich wünsche aber zurückzukehren“, versetzte das Mädchen. „Ich muß zurückkehren, weil — ach, wie kann ich mit einer unglücklichen Dame, wie Sie sind, über solche Dinge reden? — weil unter den Männern von welchen ich Ihnen erzählt habe, sich einer befindet, der Schrecklichkeit von allen, den ich nicht zu verlassen vermag; nein — und wenn ich auch dadurch von dem ruhigen, fürchterlichen Leben erlöst werden könnte, das ich jetzt führe!“

„Daß Sie zugunsten des teuren Knaben sich schon einmal bemüht haben; daß Sie unter so großer Gefahr hierher gekommen sind, um das, was Sie gehört, mir zu entlocken; Ihre Mienen, die mich von der Wahrheit Ihrer Angaben überzeugen; Ihre offensichtliche Reue und Ihr Schamgefühl: alles berechtigt mich dazu, zu glauben, daß Sie wieder auf den rechten Weg gebracht werden können. O“, fuhr die tiefbewegte Rose fort, „die Hände fallend, während Tränen über ihre Wangen hinabfielen, „fort, hören Sie auf das Flehen einer Angehörigen Ihres eigenen Geschlechts, der ersten — gewiß der ersten, die jemals mit der Stimme des Mitleids und der Barmherzigkeit um Ihr Seelenheil zu Ihnen geredet hat. Hören Sie auf meine Worte und lassen Sie sich durch mich zu einem besseren Dasein erretten!“ (Berichtigung folgt.)

Regierung doch zu der Auffassung gekommen, daß es zulässig ist, auch jüdischen Rabbinern Unterstützung zu geben. Bräutliche Fälle sind an uns nicht herangetreten, aber wenn sie kommen, wird die Regierung sie mit Wohlwollen prüfen.

Abg. Windler (konf.): Die Opferwilligkeit der jüdischen Gemeinden ist den anderen Kultusgemeinden nur zum Muster zu empfehlen. Aber wir können aus grundsätzlichen Bedenken dem Antrage nicht zustimmen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) erklärt, daß seine Freunde sich aus Billigkeitsgründen auf den Boden des Antrages Eichhoff stellen. Dieselben prinzipiellen Bedenken, die jetzt gegen diesen Antrag geltend gemacht werden, wurden früher auch gegenüber ähnlichen Anträgen von katholischer Seite betont. Mit der Zeit wurde aber den katholischen Gemeinden gegenüber dieser ablehnende Standpunkt aufgegeben.

Abg. Bieder (freikons.) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Windler an.

Nachdem Abg. Kronjohn (frs. Vp.) den Antrag Eichhoff noch einmal befürwortet hat, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag Eichhoff wird gegen die Stimmen der Freikirchlichen und Nationalliberalen abgelehnt. — Hierauf verlagte das Haus die Weiterberatung der Pfarverbildungsgesetze auf Sonnabend 12 Uhr. (Außerdem 3. Lesung des Lehrerbildungsgesetzes und 1. Lesung der Vergesetznovelle.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

30. Sitzung, Sonnabend, 13. Februar, mittags 12 Uhr.

Im Bundesratssitz: Freiherr v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes für evangelische Pfarren wird fortgesetzt. Die Kommission hat den an sie verwiesenen Antrag Windler (konf.) auf Überweisung einer weiteren dauernden Rente von jährlich 500 000 Mark seitens des Staates vom 1. April 1909 an den Pfarrentiteln- und Rentenfonds zur Stärkung der Bezüge der Witwen von Geistlichen, welche ein Dienstalter von mehr als 15 Jahren erreicht haben, angenommen. Der Antrag macht zur Voraussetzung, daß von dem Fonds selbst jährlich 200 000 Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben erklärt das Einverständnis der Regierung mit dem Antrage. Nachdem die Leistung für die Beamten und Lehrer erheblich über die Vorlage der Regierung hinaus erhöht worden war, war es ein Gebot der Billigkeit, nun auch die Geistlichen nicht leer ausgehen zu lassen. Dazu kommt, daß die jetzigen Bezüge von 700 bis 1300 Mark für die Witwen als tatsächlich gering zu bezeichnen sind, zumal wenn man den Egen bedenkt, der aus den deutschen Pfarrfamilien in das Land hinausgegangen ist. Notwendig wäre allerdings eine Lösung der Deckungsfrage, die vielleicht durch eine Erhöhung der Staatssteuer erfolgen könnte.

Abg. Graf v. Carmer-Steierwisch (konf.) begrüßt diese Erklärung der Regierung.

Abg. Fürbringer (natl.): Auch meine Freunde sind mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Wir hoffen, daß sie dazu beitragen werden, ein einheitliches Band um sämtliche Landeskirchen zu schließen.

Abg. Bieder (freikons.): Die hohe Liebe der Pfarren zu ihrem Amt wird sie dafür entschädigen, daß sie nicht so gut bedacht sind wie die Beamten. Die Pensionen für Witwen von Pfarrern sind geringer als die Pensionen für Volksschullehrerwitwen. Daher ist die Annahme des Antrages Windler durch die Kommission mit Freuden zu begrüßen.

Abg. Eichhoff (frs. Vp.): Wir erkennen die Notwendigkeit der Erhöhung der Besoldung unserer evangelischen Geistlichen ebenfalls an und werden unter Zurückstellung einiger Bedenken für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen gegen die Stimmen des Zentrums, eines Teiles der Freikirchlichen und der Sozialdemokraten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich will zur Geschäftsordnung erklären, daß durch Ihren Beschluß es meiner Partei zu wiederholten Malen unmöglich gemacht worden ist, zu einer äußerlich wichtigen und prinzipiellen Sache hier zu Wort zu kommen. In brutaler Anwendung Ihrer Macht haben Sie sich durch diese Mehrheit selbst gekennzeichnet. (Unruhe rechts; lebhafter Zustimmung bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Borch ruft den Redner zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Arnim-Büschow (konf.): Wir haben den Schlußantrag gestellt, um Herrn Hoffmann keine Gelegenheit zu geben, bei Gelegenheit des Pfarverbildungsgesetzes in zweiter Lesung eine ähnliche Rede zu halten, wie sie in erster Lesung gehalten worden ist. Das Haus hat ihm damals das Wort nach einem dreimaligen Ordnungsruf entzogen, und es erschien uns erwünscht, daß nicht eine ähnliche Rede wieder gehalten werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich habe dem Vorredner zu erwidern, daß ich meine damalige Rede, auf die er Bezug nimmt, ohne den Schuß der Immunität draußen noch einmal gehalten habe; sie ist als Broschüre gedruckt Ihnen zugestellt worden. Das beweist, daß in Preußen die Staatsanwaltschaft viel loyaler ist wie Sie als gelebende Körperschaft. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die einzelnen Artikel des Gesetzes werden hierauf debattiert. Zum Artikel 3a, der den von der Kommission eingefügten Antrag Windler enthält, ist nur der Abg. Hoffmann (Soz.) gemeldet.

Vizepräsident Dr. Borch verliest aber sofort einen Schlußantrag der Konservativen, der angenommen wird.

Es folgt die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes für katholische Pfarren.

Der Antrag Dr. Borch (Dr.) auf Gewährung staatlicher Beihilfen an katholische Geistliche, sowie die Anträge Eichhoff (konf.) und Dr. Borch (Dr.) auf Streichung des Artikels 15 des Gesetzes, wonach den katholischen Pfarrern in Rosen und Westpreußen die Gehaltserhöhung nur in Form widerruflicher Zulage gewährt werden soll, daß die Kommission abgelehnt. Die widerruflichen Zulagen sollen nach Artikel 15 allen katholischen Pfarrern dieser Provinzen gewährt werden, sofern sie nicht durch die Betätigung einer dem preussischen Staate oder dem deutsch freiburgischen Teile der Bevölkerung feindlichen Gesinnung das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung oder sonst die staatliche Ordnung gefährden. Ueber das Vorhandensein dieser Voraussetzungen soll der Minister der geistlichen Arbeiten entscheiden. — Dagegen hat die Kommission einen Antrag auf Erhöhung des Fonds für emeritierte katholische Geistliche um 250 000 Mark der Budgetkommission überwiesen.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, aus Billigkeitsgründen für diesen Antrag einzutreten.

Abg. Kaufmann (Dr.) befürwortet die von der Kommission abgelehnten Anträge.

Abg. Windler (konf.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Kommissionsbeschlüssen.

Abg. Bieder (freikons.): Die Ausnahme des Artikels 15 ist uns nicht angenehm. (Wachen bei den Polen und Soz.) Die Voraussetzung der Verlagerung der Zulage ist aber so genau geschrieben, daß es keinem katholischen Geistlichen schwer werden wird, die Betätigung seiner Gesinnung mit den Staatsgesetzen zu vereinbaren.

Abg. Fürbringer (natl.): Wir stehen auf dem Standpunkt der vollen Parität zwischen den verschiedenen Konfessionen und begrüßen es, daß auch für die katholischen Geistlichen etwas über die Vorlage hinaus erreicht worden ist.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Zum Worte gemeldet waren noch 4 Redner, darunter der Abg. Hoffmann (Soz.).

Abg. Eichhoff (frs. Vp.) erklärt, daß ihm das Wort abgeknitten sei zu der Erklärung, daß seine Freunde für das Gesetz mit Ausnahme des Artikels 15 stimmen würden.

Abg. Hoffmann (Soz.): Mit dieser dritten Quittotierung haben Sie den Beweis erbracht, daß Sie selbst sich für unfähig erklären, auf meine Ausführungen zu antworten.

(Wachen rechts.) Die feige (Unruhe rechts; gleich.)

Vizepräsident Dr. das Weiterprechen Glode rührt. Das ist ein Gebot der Achtung.

Abg. Hoffmann Vizepräsident Dr. ten Ihre Selbstachtung scheiden. Sie haben eine rufe Sie deshalb zur

Abg. Hoffmann Vizepräsident Dr. gleichfalls ordnungsmäßig zur Ordnung und man Folgen dieses Ordnungs

Ein Reihe von Kommissionsbewilligt Zulagen für die lat preußen vorsteht, be

Abg. Stöcker Artfelle. Auf die G gegeben werden, lomm gründung dieses Art handlung der polnisch nahmegehe schaff. Eine Betätigung gegen

indern eine Betätig aierung. Diese Ausn und Deutscher zu erg

lichtkeit zu tragen. so manche andere wir indern das Gegentei

deutschfeindliche Gefu geringsten beibrachte Widerpruch steht, ist dem das Verhalten des

bestimmungen. (Brat Ein Regieru

Gründe, welche die R zu beantragen, bei de das reichhaltige Mate

spiele ergänzen, glaub Annahme des Artfelle ganzen Gesetzes.

Abg. Kaufmann der Artikel 15 stimm

Damit schließt die Der Artikel 15 wi

Freikirchlichen, Polen Ebnio der Rest des

mission. Hierauf verlagte f 12 Uhr. (Dritte Le

setzung der Novelle z et.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die eifrige Staats tungs! Im Juli vorig

blatt“ eine Notiz, daß in Gotha am Arbeit

mehreren Schulmädch hatte. Diese Notiz ma

bil und es wurde Mag beitswilligen, der sich n üblichen Elements er

des „Gothaer Volksbla in der Sache vor dem

ungen fanden unter endeten mit der tosten

Nach den Aussagen de selbst die Freisp

bitter.

Die Verführung der Auf Antrag des Holza

annehmen, um die R vertragsmäßig am 14. d

seit von 52 auf 51 S bekanntlich haben die

Reservezeit von 10 Min Verführung der Arbeit

zubringen. Die Vertre Beschluß der Arbeitgeber

bestehenden Vertrag, de der Arbeitszeit und der

einbart werden muß. Alle einseitig und Beschluß gefaßt haben,

welche die Arbeiter nach konnte keine Verbindun

rufung des Einigungsba Beschluß seinem Inhal

handen. Sie fordern, abend um eine Stunde

tag je eine halbe Stunde Vertretung weniger

lohn beschäftigten Arbe abgezogen wird. Die

wöchentliche Arbeitszei Reservezeit halten die

keine Arbeitszeitverfür licher Brauch, daß die

nebst Brot zu sich neh Arbeitgeber bisher nich

Gewerkschaftsbewegung.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in der Berliner Holzindustrie. Auf Antrag des Holzarbeiterverbandes trat das Einigungsamt zusammen, um die Frage zu entscheiden, in welcher Weise die Vertragsmäßigkeit am 14. d. M. eintretende Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden wöchentlich durchzuführen ist. — Bekanntlich haben die Arbeitgeber beschlossen, eine tägliche Beisezeit von 10 Minuten festzusetzen und auf diese Weise die Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde pro Woche heranzubringen. Die Vertreter der Arbeiter wendeten dagegen ein, der Beschluß der Arbeitgeber sei schon an sich ein Verstoß gegen den bestehenden Vertrag, denn dieser schreibe vor, daß die Festsetzung der Arbeitszeit und der Pausen zwischen beiden Parteien vereinbart werden muß, während die Arbeitgeber im vorliegenden Falle einseitig und ohne die andere Seite zu hören, ihren Beschluß gefaßt haben. Auch in der Schlichtungskommission, welche die Arbeiter nach dem Beschluß der Arbeitgeber anriefen, konnte keine Verständigung erzielt werden, so daß sich die Anrufung des Einigungsamtes notwendig machte. — Auch mit dem Beschluß seinem Inhalt nach sind die Arbeiter nicht einverstanden. Sie fordern, daß entweder die Arbeitszeit am Sonntag eine halbe Stunde oder aber am Sonnabend und Montag eine halbe Stunde weniger gearbeitet wird, und daß den in Zeithaus beschäftigten Arbeitern die Stunde nicht vom Wochenlohn bezogen wird. Die Berechnung der Stunde, um welche die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt werden muß, auf die tägliche Beisezeit halten die Arbeiter für unzulässig, weil das überhaupt eine Arbeitszeilverkürzung wäre, denn es sei ein herkömmlicher Brauch, daß die Arbeiter nachmittags eine Tasse Kaffee eßst Brot zu sich nehmen. Gegen diesen Brauch hätten die Arbeitgeber bisher nichts eingewandt, es befehle also zu Recht

bach der Mannhaftigkeit nicht einmal Zeit gelassen sei, die Nothwendigkeiten anzulegen. Dieß hätte man zusammengekratzt an der Stütze gefunden. Aus den Aussagen des Besitzers des Schiffes, sowie aus dem Schriftwechsel des Senatsvorsitzenden, Geheimen Regierungsrates Dr. Eilberghagen mit den deutschen Konsulatsbehörden in Christiania und Frederikshald und aus den zwischen der Reederei und ihren Vertretern in den norwegischen Häfen gewechselten Telegrammen ist es das Gesammt, daß das Schiffsmannschaff untergegangen sei, und daß irgend ein Mangel in seiner Ausrüstung, Beladung und Besatzung nicht vorgelegen hätte.

Angeichts dieser mangelhaften Jünglingserziehung war ein anderes Urtheil nicht zu erwarten. Das Gesammt hatte doch auch andere Leute, die das Schiff gefahrt hatten, vernehmen müssen. Dann erst hätte es sich eine objektive Meinung über die Beschaffenheit des Dampfers bilden können. Diese Art von Rechtsprechung ist recht geeignet, die Reedereien zu größerer Gewissenhaftigkeit den Seeleuten gegenüber anzubahnen.

Gerichtliches.

Vier Jahre Zuchthaus wegen eines Einbruchs bei Vollmar. München, 14. Febr. Der Kaufmann Wilhelm v. Nehmen wurde wegen Einbruchdiebstahls in der Villa des sozialdemokratischen Abgeordneten v. Vollmar, die am Balchensee liegt, zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Revision im Hochbahnprozeß. Berlin, 14. Febr. Für den im Hochbahnprozeß verurtheilten Fährer Schreiber hat sein Verteidiger Revision eingelegt. Die Revision rügt in der Hauptsache die Berechnung von Personen, die bei der Hochbahn angestellt sind, als Sachverständige und die Ablehnung des Antrages, einen Ingenieur aus Hannover als Sachverständigen zu laden.

Briefkasten der Redaktion.

A. H. Insgesamt wurden abgegeben 7113572 Stimmen. Davon erhielten die Sozialdemokratischen 895103, die Reichspartei 482314, das Zentrum 1342112, die Sozialdemokraten 1427298 Stimmen.

G. J. Für die Kirchensteuern kann gepfändet werden.

S. S. S. S. S. Wenn halbjährliche Kündigung vereinbart ist, dann gilt auch diese Vereinbarung, ganz gleich, in welchen Zeitabschnitten die Miete entrichtet wird.

Deimold. Der Antrag ist innerhalb 4 Wochen nach Beendigung der Uebung bei der Dischbehörde (Magistrat) unter Vorlegung des Passes zu stellen. Die Taxe erhält 30 Prozent des für den betreffenden Ort geltenden ortsüblichen Tagelohnes für Männer, für jedes Kind werden 10 Prozent gezahlt, insgesamt jedoch nicht mehr wie 60 Prozent.

Briefkasten der Expedition.

Kr. B. Wendthagen. Sie bekommen die Zeitungen durch die Post überwiesen und müssen dieselben im Falle des Ausbleibens auch bei der dortigen Postanstalt reklamieren. Von hier sind die Zeitungen stets abgeschickt worden.

Standesamts-Nachrichten.

Vielefeld. In der Zeit vom 8. bis 13. Februar sind angeigt:

Ge b u r t e n : Söhne: Arbeiter Herrn. Hellenkötter, Wertherstraße 122; Schüler Franziskus Koneczek, Stadtheiderstr. 11; Bader Gottlieb Obermair, Vießelstr. 21; Restaurateur Heinz Maier, Mühlensir 36; Buchdrucker Wilhelm Müdiger, Gb. Windhorststraße 8; Schlosser Eberhard Siegmund Dörfler, Nordstraße 20; Schriftfeger Aug. Sevede, Mittelstr. 25; Restaurateur Heinrich Mann, Kreuzstr. 27; Schlosser Aug. Wiesbrod, Blumenstr. 18; Klempner Paul Streit, Friedrichstraße 38; Bademeister August Müller, Wilhelmstr. 2; Metallformer Gust. Rabe, Seepferstr. 78; Seefahrer Oskar Branner, Siegfriedstr. 11; Schlosser Friedr. Krue, Bleichstr. 39; Maurer Friedr. Ellerbrof, Mühlendamm 1; Tischler Wilh. Wehmeier, Schnabdruckerstraße 31; Arbeiter Wilh. Vogt, Schnabdruckerstr. 46; Arbeiter Friedr. Sauter, Dorfstraße 154a.

Töchter: Fadriportier Herrn. Deppermann, Sadowastr. 15; Arbeiter Eduard Stiffel, Jöllenbaderstr. 95; Arbeiter Emil Grawunder, Weberstr. 20; Kassenbote Aug. Prante, Jöllenbaderstr. 71; Offizier der Heilarmee Emil Kneppel, Briderplatz 5; Kaufmann Friedr. Schlotmann, Siegfriedstr. 16a; Oberlehrer Wilhelm Girshick, Ellerstraße 17; Arbeiter Reinhard Subhoff, Düppelstr. 9; Arbeiter Franz Laika, Schnabdruckerstraße 20; Maurer August Gigerndorf, Spindelstr. 109; Schlosser Otto Wiebemann, Hohenzollerstr. 29; Tapezierer und Dekorateur Friedrich Seebald, Mohrreichstr. 5; Buchhalter Hugo Kottlow, Alisenstr. 29; Bader Wilhelm Barthmann, Hallerweg 62; Korbmeister August Stammann, Zastrowstr. 16; Kontorbote Krich Middels, Weststraße 40.

S t e r b e f ä l l e : Feingehauptmann a. D. Karl Aed, 69 J.; Ehefrau Arbeiter Seidewitz, Rosalie geb. Reinberg, 47 J.; Amtsgerichts-Verfesselter Ludwig Reinfle, 48 J.; Invalidentenempfänger Herrn. Rauh, 68 J.; Altersrentenempfängerin Marie Riege geb. Rannide, 83 J.; Elisabeth Kuntze, 5 M.; Invalidentenempfänger August Kammelsamp, 44 J.; Arbeiter Anton Schorfenort, 26 J.; Altersrentenempfänger Karl Rinder, 74 J.; Ehefrau Arbeiter Dreier, Ernestine geb. Jäbig, 50 J.; Herrn. Glircher, 8 M.; verw. Schneider Frank, Luise geb. Zeweß, 58 J.; verw. Fischer und Kolon Glanemeyer, Friederike geb. Hälmann gen. Stimmann, 82 J.; Arbeiter Eugen Pahl, 40 J.; Ehefrau Bleichmeister Seebach, Henriette geb. Rabe, 77 J.; Fritz Branding, 3 M.; Heilungsgeselle Heinz. Deleboe, 20 J.; Kaufmann Friedr. Wipand, 47 J.; Ehefrau Stationsassistent a. D. Hed. Auguste geb. Bogenpohl, 58 J.; Invalidentenempfänger Herrn. Rohmann, 50 J.; Helene Schipper, 3 J.; Ehefrau Giehrderer Nott, Karoline geb. Kleege, 34 J.; Ehefrau Eisenbahn-Adameister Ballenhorst, Auguste geb. Schelp, 40 J.; pensionierter Weichensteller Kaspar Krämer, 80 J.

A u f g e b o t e : Wagenbauer Ernst Frensdau, Deimoldstraße 174, und Luise Kannermann. Sennre I.; Schneider Adolf Mölenhäger, Weststr. 2, und verw. Arbeiter Häußler, Johanne geb. Böttelge, 26; Arbeiter Friedr. Müller, Meißstr. 42, und Franziska Kallina, 26; Kaufmann Emil Schröder, Königsstraße 3, und Helene Klee, Bürgerweg 43; Schneider Eduard Storrat, Wertherstr. 122, und Marie Siefmann, Deimoldstraße 163; Giehrderer Friedr. Bachhaus, Gr. Kurfürstenstr. 16, und Johanne Lohmann, 26; Sattler Gust. Kröppel, Gehrenberg 32, und Marie Eggert, Mittelstr. 1a; Kolonialwarenhandler Gust. Fischer, Gütersloherstr. 31, und Anna Dufemann, Sennre II.; Wertzeugmacher Eduard Schröder, Arnstr. 47, und Marie Schmamm, Friedrichstr. 40; Tischler Herrn. Kallmeyer, Siegfriedstr. 81, und Emilie Rolke, Nordstr. 31.

E h e s c h l e u n g e n : Kaufmann Friedr. Dargel und Katharina Glinicki; Amalstature Herrn. Rohmann und Charlotte Böke; Architekt Hugo Kemper und Emma Rohmann; Oberleutnant Friedr. Keesel und Hedwig Holtmann; Schmied Karl Goldt und Anna Weissenau; Arbeiter Ernst Buschaff und Amalie Reich; Antiker Karl Lange und Luise Pantole; Stellmacher Fritz Arnold und Frida Vollmer; Schlosser Karl Kramer und Anna Ripp; Metallschleifer Wilhelm Rabe und Adele Wiltberg; Metallarbeiter Albert Bralemann und Emma Warnede; Kaufmann Ferdinand von Linden und Josephine Rodnick.

Vereins-Kalender.

Montag.

Disputierklub 8 Uhr im Restaurant „Stadt Vielefeld“.

Männer-Gesangsverein „Einigkeit“ 8½ Uhr bei Biermann, Bürgerweg.

Werther Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 9 Uhr bei Brüning.

Frauentoch. Gesangsverein „Einigkeit“ 8½ Uhr.

Tag. Anst. Sport-Revier 8½ Uhr.

Sejules.

Kinematographen-Theater zur alten Post.

Das so schnell beliebt gewordene
Niederbayerische Musik-Ensemble

konzertiert nur noch kurze Zeit.

Dazu das neue ganz vorzügliche Programm:

Strahlen und Schatten.

Wunderbare Stimmungsbilder. Eine Seelensicht in Tages- und Nachtbeleuchtung, die verschiedenfarbigen Bestrahlungen widerspiegelt. In solcher Vollendung ist noch keine kinematographische Darstellung vorgeführt!

Die Berufspflicht.

Ein Lebensbild. Ein Polizist, der vom Lager seines kranken Kindes fort, seinem Dienst nachgehen muß, verliert bei verfrühter Verhaftung einen jungen Arzt sehr schwer, der ohne sein Wissen sein krankes Kind behandelt und ihn später selbst edelmütig Hilfe leistet.

Zum Teufel die Erfinder.

Stoffeuser eines jungen Ehegatten, der sich als Strohvitwer amüsiert, dessen an eine andere Dame verschwendete Liebenswürdigkeiten aber von einem Phonographen festgehalten und seiner Frau zu Gehör gebracht werden.

Gefrorene Wasserfälle in den Alpen.

Winterbilder aus den Hochalpen, grandiose Eis- und Schneelandschaften zeigend.

Die Stunden.

Ein mythologisches Gemälde von seltener Schönheit.

Eine Rakette.

Eine neue Frau Potiphar, die immer neue Verehrer an sich lockt und diese in die denkbar schwierigsten Situationen bringt.

Eine schauerliche Erzählung.

Ein aus den Tropenländern zurückgekehrter Reisender erzählt seine Erlebnisse bei einem Erdbeben in so anschaulicher Weise, daß seine Zuhörer hin und her geworfen werden.



Niederbayerisches Musik-Ensemble H. Kermner und Kinder.

925

Von Montag, den 15. Februar,
bis Sonnabend, den 20. Februar:

Haupt-Woche

meines

Inventur- Ausverkaufs

Während dieser Woche gebe
ich auf alle nicht dem Aus-
verkauf unterstellten Waren
auch auf „Herz-Stiefel“ :: ::

10 pCt. Rabatt

Der Rabatt wird an der
Kasse in Abzug gebracht.

J. Dessauer

Schuh-Engros-Haus.

Niedernstrasse 18.

Telephon 525.

Rockarbeiter

tüchtige, allererste Kräfte,
für dauernd gesucht

Gebr. Gottschalk.

Am Mittwoch, den 17. Februar, eröffnen wir in
dem früheren Hindermannschen Hause, Bahnhofstr., eine

Brotverkaufsstelle

in welcher sämtliche Sorten Brot und andere Backwaren auch an
Nichtmitglieder des Konsumvereins
abgegeben werden.

Wir bitten von dieser Gelegenheit, gute und billige Back-
waren zu erhalten, zahlreichen Gebrauch zu machen.

Konsum-Verein Bünde

E. G. m. b. H.

Der Vorstand.

Bünde.

Trinkt
Aha's Excelsior!

Soeben erschien:

Simplicissimus

Nr. 46.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Trauerhüte in größter Auswahl stets vorrätig
Geschw. Simon, Niedernstrasse 30.

Grosse Preisermässigung für Photographien.

Meiner werten Kundschaft von Bielefeld und Umgegend teile
hierdurch ergebenst mit, dass ich **jetzt mein Atelier neu-
zeitlich eingerichtet habe** und somit in der Lage bin
jedem Wunsche gerecht zu werden.

Von jetzt ab ist der mässigste Preis der Photographien

das Dutzend Visitenbilder . . Mk. 3.00

„ „ Kabinettbilder „ 8.00

bis zu den feinsten Ausführungen. Vergrößerungen von 3.00 an.

Photogr. Atelier H. Flasskämper Nachf. C. Mehler
Rohrteichstrasse 50 a.

873

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch
rinnen und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Kettenklirren



Gedichte
und
Erzählungen
aus dem
Gefängnis
von
Leon Holly
(Fritz Schweyner).

Preis 2 Mk.

Zu haben
in der
Buchhandlung
„Volkswacht“
Bielefeld,
Schulstrasse 20.

Hochzeits-Einladungen
liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Stadttheater.

Heute, abends 8 Uhr,
zum 6. und letzten Male:
Die erfolgreiche Lustspiel-Revista
O diese Leutnants!
Dienstag, 16. Febr., abends 7 1/2 Uhr,
Benefiz für den 1. Donovant
Carl Swinborne
„Goldfische“.
Donnerstag: „Sinfon“.

Todes-Anzeige.
Am Freitag abend 11 Uhr
entschied sanft nach langem
Leiden meine innigst geliebte
Frau, Schwester, Schwägerin u.
Tante
930*

Lina Rott
geb. Flege
im Alter von 34 Jahren.
Dies zeigen mit der Bitte um
stille Teilnahme an
Karl Rott nebst Kinder.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 16. Februar,
nachmittags 4 Uhr, vom Trauer-
hause, Schildbergstr. 40, statt.

Am Sonnabend morgen 6 Uhr
entschied sanft und unerwartet
mein lieber Mann, unser guter
Vater, Schwiegervater, Groß-
vater, Schwager und Onkel, der
Weichensteller a. D.

Caspar Krämer
im 81. Lebensjahre. 1922*
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Bielefeld, 15. Februar 1909.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, 16. Februar 1909,
nachmittags 3 1/2 Uhr, vom
Trauerhause, Schildbergstr. 91
aus statt.

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umge-
gend wie bei sämtlichen Agenten
ins Haus gebracht 60 Pfg.
Nied. Durch die Post
1,80 Mk. vierteljährlich
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 P.

Ercheinungs-
mit Ausnahme der Son-
n- und Feiertage täglich nachm.

Verkehr-Anschluss R.

Nr. 39.

Die heutige

Deut

207. Sitzung vom
Am Bundesratstag
Präsident Graf S.
Wattenborff (Br.
denken in der üblichen
Zu dem zunächst zu
wurde betreffend Po-
seischen Länder
der bisherigen Subven-
jährlich 500 000 Mark
Albrecht und Genoi-
mit der subventioniert
werden soll, daß sie für
Schiffslente anzumiste-
sahung erforderlich fin-
Annahme der Vor-
Abg. Latimann
hört die sozialdemo-
Abg. Koste (So-
tereffen konnten und
angeführt werden. Wir
den Export deutscher
wie sehr unter vermin-
leider. (Sehr wahr! b
und Kaiser-Wilhelmsla-
647 weiche Perionen in
gaben zu schließen, wir
lerung dort nur eine i
Schwarzen aber bezie-
Australien und Arien.
4. oder alle 6 Wochen
seine Klage in jenem
hängt das Ansehen des
lich nicht ab. (Sehr w
durch den Artikel 26 d
langler befragt ist, land
der deutschen Landwirt
die Reichspostdampfer
vorstellen, wie erbitte
len muß, die kaum d
mittel aufbringen könn
Mehrheit des Volkes
deutschen Dampfer Na-
(Sehr wahr! bei den
Agrarier nicht, und i
kommissar alle Zweifel
der Subvention aber l
Kasse gar kein Interes
Baragarephen wie S. 26
stimmung bei den Soz.
In unserer Melolut
Verbot der Beschäftig-
nicht ausgeschlossen zu
die Abreise mit einer
vollzieht. Wir wünsch
standes. Wenn es E
ernst ist, müssen Sie
bei den Soz.)
Abg. Ganz, Ebler
Vorlage zu, weil sie im
liegt.
Abg. Hermann (i
Forderung der sozialde
dar. (Beifall bei den
Abg. Erzbeger
deren Möglichkeit und
für die sozialdemo-
men. Der Lloyd hat
fall im Str.)
Die Abgg. Arnin
Vorlage ein und befür
Darauf wird die Vorle
brecht abgelehnt.
Es folgt die zweit
„Etat des Reichst
Abg. Kaempf (fr
über die Kommissions-
weiligen Verhandlungen
innerhalb und außerba
geler Kapitel usw. geg
Abg. Basserma
Naempf angeragte Tra-
meineren zusammen, o
berichte überhaupt emp
litum eher ein Zuviel
Abg. Freiherr v. D
die Berichterstattung a
bliebe. Aber die Ver-
tische offizielle Berich-
Zentrum und besonde
Abg. Dr. Stenge
keit seinen alten Wun
Reichstages möchten in
Abg. G. d. (Soz.)
ist auch uns immpedij
dem Schleier des Gehe
für möglich, namentlich
leit, wo die Finanzref
objekten gesucht wird, i
finden. Es geht nicht
missionenverhandlungen
An einen durchaus obi-
lungen glaube ich nicht
tages, die diese Frage
den Soz.) Redner schli
Haujes und das ganz
gegenüber dem Abgeord
Abg. Dr. Arndt
Borredners an, wunde